

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

03
2026

SEPTEMBER 2026
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

BUNDESFORSCHUNGSMINISTERIN
DOROTHEE BÄR IM INTERVIEW

**„WIR BRAUCHEN IN
DEUTSCHLAND EINE
NEUE RISIKOKULTUR.
WIR BRAUCHEN
MEHR MUT.“**





Bereit für eine nachhaltige Veränderung.

Durch gezielte Investitionen gut aufgestellt in die Zukunft.

Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation – mit passgenauen Finanzierungen aus dem starken Verbund von Sparkassen, Landesbanken und Deutsche Leasing.

Weil's um mehr als Geld geht.



Impressum

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal

Schadowstraße 3
10117 Berlin
E-Mail: presse@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredakteur:
Andreas Kock

Redaktion:
Michael Bestgen, Dr. Christoph Sprich, Shereef Salzmann

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de

Geschäftsführer:
Jonathan Schreyer, Frank Stuch

Projektleitung:
Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Druckauflage:
26 000 Exemplare

Titelbild:
Urban Zintel | BMFTR

Anzeigenverkauf:
Alle Nielsen-Gebiete
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



MIT:KOLUMNE

von Thomas Steinmann

Mehr Industriepolitik, aber richtig

8

MIT:REPORT

Industrial Accelerator Act

10

Wie sichern wir die Zukunft der Industrie in Europa?

MIT:REPORT

Renaissance ohne Deutschland

18

Die Relevanz von Kernkraft

MIT:REPORT

Attention is all you need

28

Eine kurze Geschichte der künstlichen Intelligenz

MIT:NAMENSBEITRAG

Wachstum ermöglichen, Wandel gestalten

16

Die Finanzierung des Mittelstands

28





MIT:INTERVIEW

**Bundesforschungsministerin
Dorothee Bär im Exklusiv-Interview: 22**

„Das Ziel ist, Deutschland von der Forschungsspitze an die Wettbewerbsspitze zu bringen. Dafür braucht es auch unseren starken Mittelstand.“

MIT:FAKTEN 6-7,8

Ausbildung mit Hindernissen | Geschäftserwartungen steigen sprunghaft | Der Mittelstand nutzt KI vor allem als Schreibwerkzeug | Gründungsfieber bei Startups | Mittelstand stirbt leise: Fast 190.000 Unternehmen geben auf



MIT: INSIDE

Werkstattgespräch im KAH	32
EU-Check	34
Inside-Meldungen	34
Kommissionsarbeit	34
Mitgliederstatistik	35
Impressum	4

Mittelstand lässt Chancen auf LinkedIn liegen

LinkedIn ist mit rund 21 Millionen aktiven Nutzern Deutschlands führendes digitales Business-Netzwerk. Anders als Facebook oder X erreicht es Menschen im beruflichen Umfeld, darunter besonders viele Entscheider mit Budgetverantwortung. Besucher werden dort laut einer Marktanalyse von Orel United mehr als dreimal so häufig zu „Interessenten“ wie bei den Wettbewerbern. Für Mittelständler bietet LinkedIn damit große Chancen, neue Kunden und Fachkräfte zu gewinnen sowie die eigene Bekanntheit

zu steigern. Doch nur jedes vierte mittelständische Unternehmen ist dort aktiv, lediglich jeder neunte Geschäftsführer veröffentlicht regelmäßig Beiträge. Viele Betriebe überlassen damit Konzernen und jungen Unternehmen die digitale Aufmerksamkeit. Erfolgreich sind laut Experten vor allem regelmäßige, fachliche Beiträge, Videos und Einblicke in den Betriebsalltag. Führungskräfte und Beschäftigte könnten so als glaubwürdige Botschafter ihrer Unternehmen wirken.

Mittelstand und LinkedIn: Eine strukturelle Lücke

1/4

Nur jedes vierte Unternehmen ist auf LinkedIn aktiv

1/9

Nur jeder neunte CEO kommuniziert dort regelmäßig

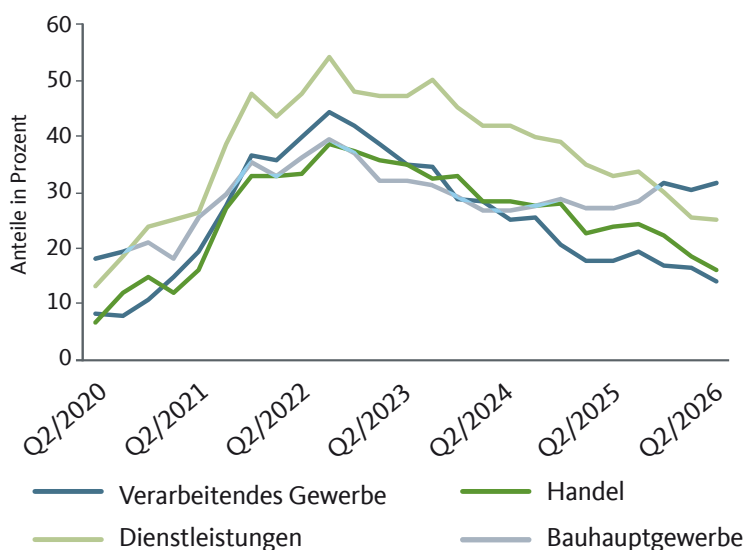
<2

Beiträge/Monat bei der Mehrheit – zu wenig für Relevanz

Orel United / In A Nutshell

Geringerer Fachkräftemangel – aber kein Grund zur Entwarnung

KfW-ifo-Fachkräftebarometer Wirtschaftsbereiche



Der Fachkräftemangel lässt nach – vor allem wegen der Wachstumsschwäche der vergangenen Monate. Laut KfW-ifo-Fachkräftebarometer waren im Frühjahr noch 21,1 Prozent der Unternehmen betroffen, weniger als halb so viele wie vor drei Jahren. Im Mittelstand lag der Anteil mit 22 Prozent etwas höher. Besonders groß blieben die Engpässe im Bauhauptgewerbe mit 31,7 Prozent und bei den Dienstleistern mit 25 Prozent. In der Industrie sank die Quote dagegen infolge von Auftragsrückgängen, Einstellungsstopps und Entlassungen auf 14,2 Prozent. Die strukturelle Gefahr bleibt: Fast 60 Prozent der Mittelständler erwarten in den kommenden Jahren Probleme bei der Stellenbesetzung, ein Drittel sieht darin sogar ein mögliches Existenzrisiko. Mit einer konjunkturellen Erholung dürfte sich der Fachkräftemangel wieder verschärfen.



Ausbildung mit Hindernissen

Die Ausbildungsbetriebe stehen weiter vor großen Herausforderungen: Nach Angaben der DIHK konnte im vergangenen Jahr erneut weniger als die Hälfte aller Unternehmen ihre Ausbildungsplätze vollständig besetzen. Hauptgründe sind fehlende geeignete Bewerber (62 Prozent) und ausbleibende Bewerbungen (20 Prozent). Besonders alarmierend: 94 Prozent der Betriebe sehen Defizite bei der Ausbildungsreife von Schulabgängern, vor allem bei Belastbarkeit, Leistungsfähigkeit und Disziplin. Die IHK München und Oberbayern bestätigt diese Entwicklung. Bereits 40 Prozent der Unternehmen bieten deshalb eigene Nachhilfe- und Förderprogramme an, während mehr als ein Viertel angibt, lernschwächere Auszubildende nicht ausreichend unterstützen zu können. Die Ergebnisse zeigen, dass Betriebe zunehmend Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich bereits vor dem Einstieg ins Berufsleben vermittelt werden sollten.

62%

fehlende
geeignete
Bewerber

ausbleibende
Bewerbungen

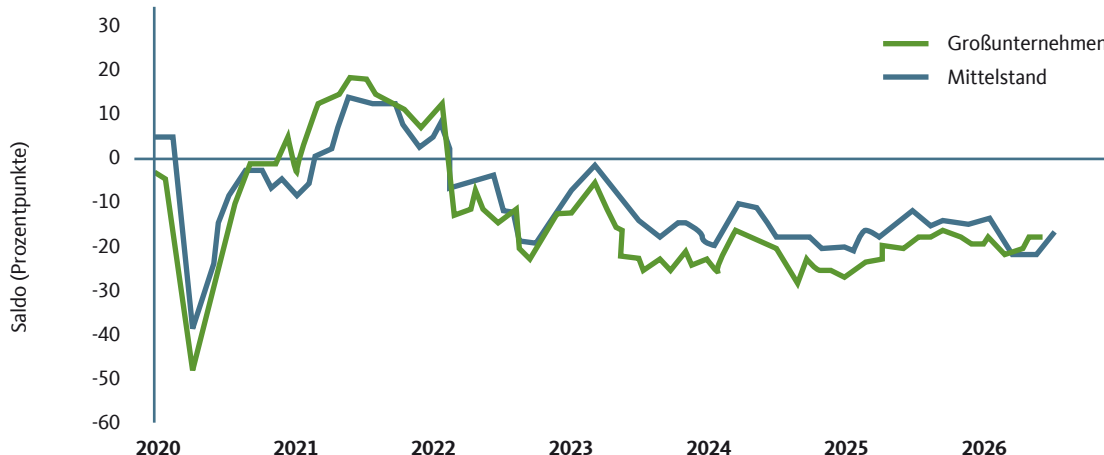
20%

Geschäftserwartungen steigen sprunghaft

Das KfW-ifo-Mittelstandsbarometer zeigt im Juli eine deutliche Stimmungsaufhellung bei kleinen und mittleren Unternehmen. Ausschlaggebend sind vor allem deutlich bessere Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate, während sich auch die aktuelle Lage leicht verbessert. Besonders stark steigt das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Groß- und Einzelhandel, während Bau und

Dienstleistungen moderater zulegen. Auch die Beschäftigungserwartungen verbessern sich. Dennoch liegt das Geschäftsklima weiterhin klar unter dem langfristigen Durchschnitt. Positiv wirken das Reformprogramm der Bundesregierung mit angekündigten Bürokratierleichterungen sowie robuste Konjunkturdaten. Risiken bleiben jedoch steigende Energiepreise und eine mögliche Eskalation im Nahen Osten.

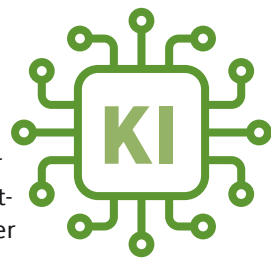
KfW-ifo-Geschäftsklima



Quelle: ifo Research, ifo Institut

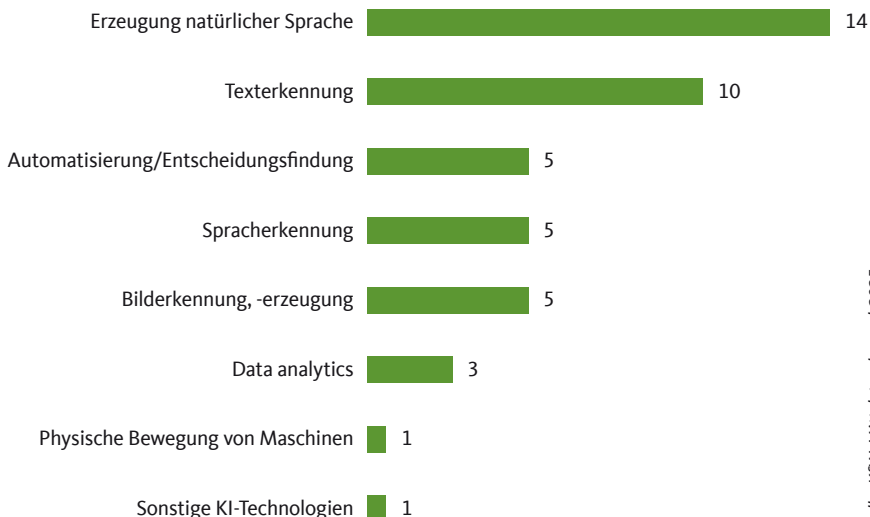
Foto: KI generiert – Agung Pranoto/stock.adobe.com

Der Mittelstand nutzt KI vor allem als Schreibwerkzeug



Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz im deutschen Mittelstand hat sich laut einer Studie der KfW innerhalb von sechs Jahren verfünffacht: Inzwischen nutzen 20 Prozent der Unternehmen mindestens eine KI-Anwendung. Am häufigsten kommen leicht zugängliche Sprachmodelle und Chatbots sowie Texterkennung, etwa für Rechnungen oder E-Mails, zum Einsatz. Anspruchsvollere Anwendungen wie Datenanalyse, Automatisierung oder autonome Systeme spielen bislang kaum eine Rolle. Entscheidend für die KI-Nutzung ist weniger die Unternehmensgröße als vielmehr der digitale Reifegrad, Innovationskraft und vorhandenes IT-Know-how. Die KfW sieht deshalb vor allem Investitionsbedarf in Datenkompetenz, Fachkräfte, Weiterbildung, Cloud-Infrastruktur sowie niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote, damit KI künftig stärker zur Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands beitragen kann.

Nutzung verschiedener KI-Technologien im Mittelstand 2022-2024 (in Prozent; mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte)

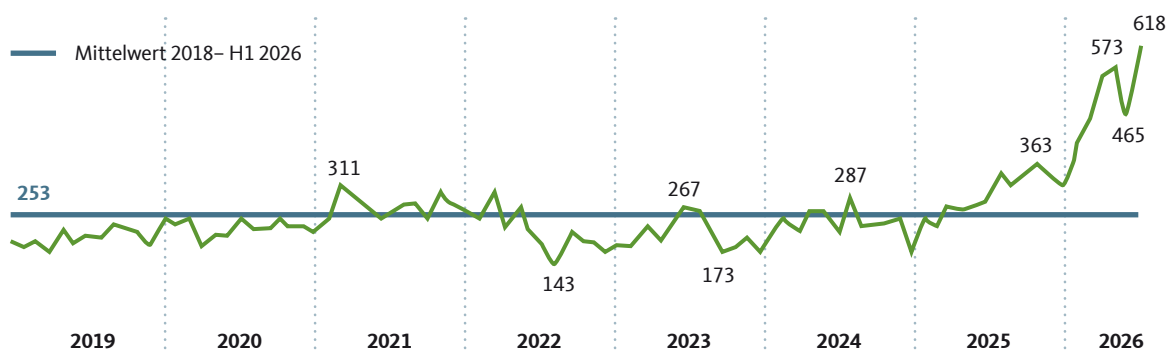


Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2025, eigene Berechnung

Gründungsieber bei Startups

Deutschland erlebt einen historischen Gründungsboom: Im ersten Halbjahr 2026 entstanden 3 053 Startups – 52 Prozent mehr als im zweiten Halbjahr 2025 und mehr als im gesamten Jahr 2024. Alle Bundesländer verzeichnen Zuwächse, besonders stark Hamburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Haupttreiber ist Künstliche Intelligenz: Mehr als jedes dritte neue Startup hat einen KI-Bezug. Auch Industrie Gründungen legten um 125 Prozent zu. Deutschland zählt inzwischen 36 Unicorns, also Startups mit einer Bewertung von mindestens einer Milliarde US-Dollar. In der Anzahl bleibt die Bundesrepublik jedoch weit hinter den USA zurück. Der Startup-Verband fordert deshalb bessere Wachstumsfinanzierung, einen stärkeren europäischen Kapitalmarkt und erleichterten Zugang zu Risikokapital. Sonst drohen vielversprechende Unternehmen und Innovationen ins Ausland abzuwandern.

Monatliche Startup-Neugründungen seit 2019 (langjähriges Mittel im Vergleich)



Quelle: Startup-Verband

Mehr Industriepolitik, aber richtig

Von Thomas Steinmann



Thomas Steinmann ist Redakteur beim Wirtschaftsmagazin Capital. Er berichtet unter anderem über Energie- und Wirtschaftspolitik. Steinmann studierte Journalistik und Politikwissenschaften in Eichstätt und Rennes. Später absolvierte er ein Volontariat bei der Financial Times Deutschland, für die er auch als Parlamentskorrespondent arbeitete.

Zur Lage der deutschen Wirtschaft erscheinen Woche für Woche viele Studien, aber nicht alle davon sind wirklich erhellend. Größere Beachtung finden sollte dagegen eine Studie über die schwindende Patentstärke von Deutschlands Unternehmen, die das Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung Anfang Juni publiziert hat. Darin belegen die Autoren, dass wichtige Innovationen deutscher Firmen in Leitindustrien wie der Elektro-, Maschinenbau-, Pharma- oder Automobilbranche in den vergangenen zwei Jahrzehnten verstärkt in den Besitz ausländischer Investoren übergegangen sind – insbesondere durch Firmenübernahmen.

Besonders stark ist demnach der Abfluss von Patenten nach China. Mehr als 11 300 grenzüberschreitende Patente, die ursprünglich von deutschen Unternehmen entwickelt worden waren, waren zuletzt in chinesischer Hand. Vor 20 Jahren lag diese Zahl praktisch bei null.

Aus der Studie ergeben sich zwei alarmierende Botschaften an die deutsche Politik. Zum einen weisen die Patentdaten im globalen Vergleich auf eine massive Forschungsschwäche der deutschen Wirtschaft hin. Grund dafür ist vor allem, dass die Investitionen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung sinken.

Zum anderen zeigt sich, dass Patente gerade in Branchen, die für den künftigen Wohlstand zentral sind, verstärkt in den Besitz von Investoren aus anderen Ländern geraten. Bis 2022

waren 189 000 wichtige Patente an ausländische Eigentümer übergegangen. Umgekehrt erhielten deutsche Unternehmen im Zuge von Firmenkäufen im Ausland Zugriff auf nur 102 000 Patente.

Die Konsequenz daraus darf natürlich kein stumpfer Protektionismus sein. Als international eng verflochtene Volkswirtschaft kann sich Deutschland nicht erlauben, die Grenzen hochzuziehen, auch nicht bei Firmenübernahmen. Doch ebenso wenig kann sich das Land leisten, praktisch gar keine eigene aktive Industriepolitik zu verfolgen – während andere Länder ihre Unternehmen auch als Hebel nutzen, um geopolitischen Einfluss und Abhängigkeiten zu maximieren. Allen voran China.

In den vergangenen Jahren haben chinesische Unternehmen, oft mit Unterstützung des chinesischen Staats, gezielt größere Firmen und Mittelständler in Europa geschluckt, um in High-techbranchen Zugriff auf Technologien zu bekommen. Dabei hat die Regierung nie verheimlicht, in welchen Bereichen sie künftig die Weltmärkte dominieren will. Ihren strategischen Plan haben die Chinesen mit enormen Summen umgesetzt – nicht zuletzt durch den Zukauf westlichen Knowhows.

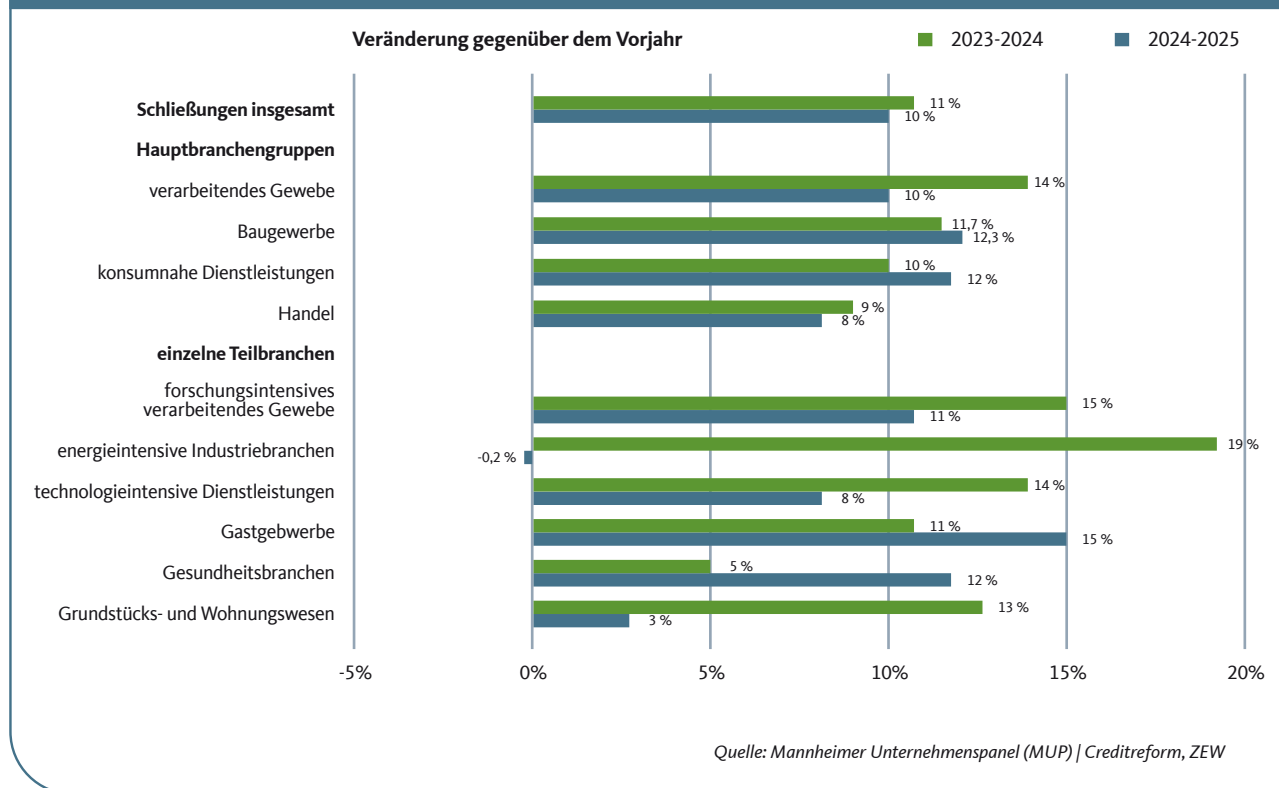
Doch gerade in Deutschland wurde es ihnen auch leicht gemacht: Während China seine Märkte nur in engen Grenzen öffnete und ausländischen Investoren das Leben schwer machte, ließ man chinesischen Unternehmen hierzulande viel zu lange faktisch freie Hand. Dahinter steckte ein falsches ordnungspolitisches Verständnis, wonach sich der Staat bei Vorgängen unter Unternehmen partout raushalten müsse – selbst wenn dabei auf der anderen Seite ein anderer Staat mitmischte.

Dabei geht es nicht darum, den Kauf deutscher Unternehmen und ihrer Patente durch chinesische Unternehmen generell zu verhindern. Aber dort, wo es nicht allein um Wirtschaft geht, sondern auch um geopolitische Interessen – im Energiesektor, bei der Infrastruktur, bei Halbleitern oder Batterietechnologien –, darf der Staat nicht nur zuschauen. Hier braucht auch Deutschland eine klare industriepolitische Linie. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Mittelstand stirbt leise: Fast 190.000 Unternehmen geben auf

Entwicklung der Unternehmensschließungszahlen



Das Firmensterben in Deutschland beschleunigt sich: 2025 schlossen fast 190.000 Unternehmen – zehn Prozent mehr als im Vorjahr und der zweite deutliche Anstieg in Folge. Besonders betroffen waren Gastgewerbe, Fahrzeugbau und Arztpraxen. Nur 13 Prozent der Schließungen waren Insolvenzen. Zunehmend geben auch wirtschaftlich gesunde Betriebe mit guter oder mittlerer Bonität auf. Gerade kleine und mittlere

Unternehmen leiden unter hohen Energie-, Personal- und Betriebskosten, Fachkräftemangel und unsicheren Rahmenbedingungen. Hinzu kommt die ungelöste Nachfolge: Bei 29 Prozent der freiwillig geschlossenen Familienunternehmen waren die Inhaber mindestens 65 Jahre alt. Damit verschwindet mittelständische Substanz häufig still und leise – obwohl viele Betriebe grundsätzlich fortführungsfähig wären.

Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt

Für kleine und ganz große Aufgaben:

140.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 450 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager, Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich, Aviation-Service · Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24 -Lager im Dreieck A7 / A2



Logistik · Network · Workspace

www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



Wir schaffen wirtschaftliche Lösungen

EBELING
Logistik





INDUSTRIAL ACCELERATOR ACT

Wie sichern wir die Zukunft der Industrie in Europa?



Mit ihrem Industrial Accelerator Act (IAA) will die Europäische Kommission die industrielle Basis Europas sichern. Das Ziel ist richtig. Doch mit „Buy-European“-Quoten, Herkunftsnachweisen und zusätzlichen Investitionskontrollen droht das „Beschleunigungsgesetz“ zu einem Bremsmechanismus zu werden. Die MIT zeigt den besseren Weg. Die europäische Antwort der EU auf die strukturellen und geoökonomischen Herausforderungen muss eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Europas Industrie steht unter Druck. China und die USA verabschieden sich vom Freihandel und betreiben zunehmend eine interventionistische Industrie- und Handelspolitik. Hinzu kommen die hausgemachten Probleme. Hohe Energie- und Arbeitskosten, langsame Genehmigungen, ein fragmentierter Binnenmarkt und dichte Regulierung schwächen Investitionen. Mit dem Industrial Accelerator Act (IAA) will die Europäische Kommission reagieren. Dabei stellt sie ambitionierte Ziele in den Raum. Durch die im März vorgeschlagenen Maßnahmen will sie den Industrieanteil am europäischen Bruttoinlandsprodukt von 14,3 Prozent (2024) auf 20 Prozent bis 2035 erhöhen. Nach eigener Darstellung sollen dabei rund 150 000 Arbeitsplätze in strategischen Sektoren gesichert oder geschaffen werden.

Die Diagnose der Kommission ist richtig. Ohne eine starke industrielle Basis verliert Europa Wertschöpfung und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit. Tag für Tag. Doch über die richtige Therapie muss diskutiert werden. Welche industriepolitischen Maßnahmen können die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stärken? Und welche laufen auf weitere Belastungen hinaus? Der Obmann im Wirtschaftsausschuss

Wolfgang Niedermark, Mitglied der
BDI-Hauptgeschäftsführung



„Der Industrial Accelerator Act ist in der jetzigen Form eher ein Bürokratie-Risiko als ein Wachstumsbeschleuniger.“

Wolfgang Niedermark

des Deutschen Bundestag und Vorsitzende der MIT-Bundesfachkommission Wirtschaft, Dr. Klaus Wiener MdB, hat die Frage nach dem richtigen industriepolitischen Maß auf eine einfache ordnungspolitische Formel gebracht: „So viel wie nötig, so wenig wie möglich.“ Staatliche Reaktionen auf Dumping oder Abhängigkeiten können zwar erforderlich sein – sie müssen aber passgenau, befristet und auf nachweisbare Marktverzerrungen begrenzt bleiben.

Richtige Ansätze – problematische Instrumente

Ordnungspolitisch betrachtet enthält der IAA sinnvolle Elemente. Eine zentrale digitale Anlaufstelle für industrielle Projekte, einheitlichere Genehmigungsverfahren und staatlich geförderte Industriecluster könnten gerade dem Mittelstand das Leben erleichtern. Problematisch wird der Entwurf aber dort, wo Beschleunigung durch politische Nachfragelenkung und Vorgaben ersetzt wird. Auch sollen laut dem Entwurf für öffentliche Aufträge und Förderprogramme „Buy-National“-Forderungen und Anforderungen zum CO₂-Verbrauch eingeführt werden. Für bestimmte Investitionen aus dem Ausland werden zusätzliche Auflagen angekündigt. Was nach Souveränität klingt, wird in der Praxis Bürokratie vermehren, Kosten steigern und Investoren abschrecken.

Alarmrufe aus der Wirtschaft: Bürokratie und Abschottung

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich alarmiert: „Der Industrial Accelerator Act (IAA) ist in der jetzigen Form eher ein Bürokratie-Risiko als ein Wachstumsbeschleuniger“. Das sagt Wolfgang Niedermark, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung zu den Plänen der EU. Auch Wolfgang Weber, Vorsitzender der ZVEI-Geschäftsführung, ist skeptisch: „Local-Content-Regeln oder europäische Präferenzkriterien allein retten keinen Standort.“ Tatsächlich gehen solche Schutzschirme mit großen Kosten für Volkswirtschaft und Staat einher. Sie verengen die Auswahl möglicher Zulieferer, treiben Kosten und Bürokratie. Auch DIHK-Außenwirtschaftschef Dr. Volker Treier sieht die EU-Pläne kritisch und weist auf mögliche negative Auswirkungen für die internationalen Beziehungen hin: „Der Industrial Accelerator Act (IAA) greift vielmehr in unternehmerische Entscheidungen ein und sendet handelspolitisch die falsche Botschaft in die Welt. Wer Europa stärken will, darf wichtige Partner nicht vor den Kopf stoßen.“ Eine DIHK-Umfrage zeigt das Spannungsfeld: 55 Prozent der Unternehmen erwarten durch „Buy European“ im Zusammenhang mit dem IAA mehr Bürokratie auf sich zukommen. 42 Prozent befürchten höhere Produktionskosten. 43 Prozent rechnen zwar mit besseren Wettbewerbschancen im Binnenmarkt, doch 36 Prozent befürchten Gegenreaktionen von Handelspartnern und einen erschwerten Zugang zu Drittlandsmärkten. 29 Prozent sehen sogar das Risiko, bestehende Lieferanten zu verlieren.

Bremsklotz für Infrastrukturausbau und Resilienz

Hinzu kommt ein strategischer Widerspruch. Europa muss seine Energie-, Verkehrs- und Digitalinfrastruktur dringend schneller ausbauen. Sind

die benötigten Komponenten aber wegen starrer Herkunftsquoten oder Investitionshürden nicht verfügbar, werden Projekte teurer und langsamer. Ausgerechnet ein „Beschleunigungsgesetz“ könnte so Netzausbau und industrielle Dekarbonisierung bremsen.

Auch in Sachen Resilienz ist Vorsicht geboten. Denn Europas Stärke beruht nicht auf Autarkie, sondern auf Binnenmarkt, internationaler Arbeitsteilung und auf der Offenheit der Märkte. 31,6 Millionen Arbeitsplätze hängen in der EU von der Nachfrage außerhalb der Union ab. Das sind 14,4 Prozent der EU-Beschäftigten. In Deutschland hängt jeder vierte Arbeitsplatz am Export, in der Industrie sogar jeder zweite. Auch viele deutsche Mittelständler sind international erfolgreich. 333.000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) exportieren direkt Waren oder Dienstleistungen, 213.000 in Länder außerhalb der EU. Hinzu kommt: Rund drei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen an Direktinvestitionen aus dem Ausland. Resilienz entsteht deshalb vor allem durch Diversifizierung, nicht durch Abschottung. Barrieren für Handel und Investitionen bringen vielmehr die Gefahr handelspolitischer Gegenschläge und größerer Unsicherheit mit sich.

„So viel wie nötig, so wenig wie möglich.“

Dr. Klaus Wiener, MdB

Dr. Klaus Wiener, MdB, Vorsitzender der MIT-Kommission Wirtschaft und Mittelstand



Die MIT-Position: IAA – aber marktwirtschaftlich

Der MIT-Bundesvorstand hat am 25. Juni 2026 den Beschluss „EU-Wirtschaft stärken: IAA marktwirtschaftlich ausgestalten“ gefasst. Die MIT begrüßt ausdrücklich das Ziel, Europas industrielle Basis zu stärken. Sie stellt aber klar: Der IAA darf kein Ersatz für bessere Standort- und Angebotsbedingungen sein. Europa werde nicht dadurch stärker, dass es die industriepolitischen Instrumente anderer Wirtschaftsräume kopiert. Der Beschluss setzt vier ordnungspolitische Leitplanken:

1

Horizontale Standortpolitik

Industrieförderung gelingt durch weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen, niedrigere Energiekosten und Steuern, Forschung, Bildung und durch leistungsfähige Netze. Industriepolitik muss dabei – horizontal – Investitionen in der ganzen Breite ermöglichen, anstatt einzelne Unternehmen oder Branchen dauerhaft zu alimentieren. Die Industrie leidet derzeit stärker unter den heimischen Standortbedingungen als unter den industriepolitischen Maßnahmen anderer Länder.

2

Effiziente Beschaffung statt „Buy National“

Pauschale europäische Herkunfts-, Wertschöpfungs- und Produktionsquoten sollen aus dem IAA gestrichen werden. Preis, Qualität, Leistungsfähigkeit und Versorgungssicherheit müssen entscheidend bleiben. Herkunfts- oder Low-Carbon-Vorgaben kommen allenfalls in begrenzten Ausnahmefällen strategischer Resilienz in Betracht.

3

Investitionen fördern – Sicherheit gezielt schützen

Der eigentliche Beschleuniger der Industrie sind Investitionen. Ausländische Direktinvestitionen bringen Kapital und Arbeitsplätze ins Land. Staatliche Prüfungen und Auflagen sind legitim, sofern die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung belegbar gefährdet sind. Industriepolitisch motivierte Mehrfachprüfungen verzögern Investitionen, schrecken Investoren ab und schwächen den Standort.

4

Unfairen Wettbewerb bekämpfen – aber zielgerichtet

Gegen nachgewiesenes Dumping, massive Subventionen, erzwungenen Technologietransfer oder diskriminierenden Marktzugang muss die EU schneller und wirksamer vorgehen. Dazu gehören beschleunigte Antidumpingverfahren und gegebenenfalls Ausgleichszölle. Entscheidend bleibt aber: Schutzinstrumente müssen Wettbewerbsverzerrungen beheben – und nicht neue schaffen.

Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef



Europas Antwort muss marktwirtschaftlich sein

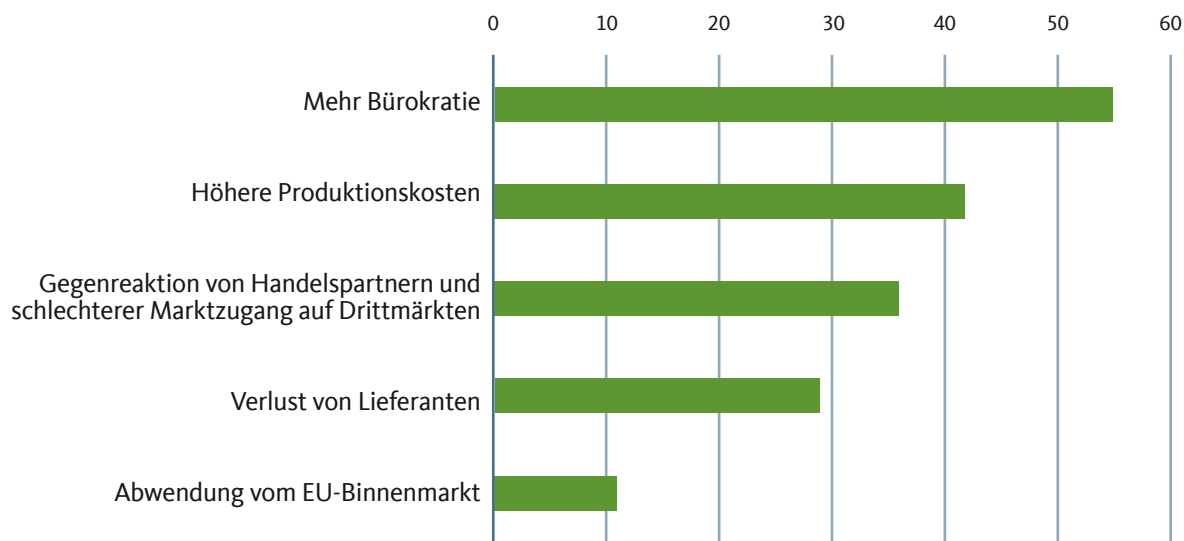
Der IAA wird derzeit im Europäischen Parlament und im Rat beraten. Im Parlament ist die Vorlage noch Gegenstand der Ausschussberatungen. Eine erste Plenarposition ist nach der derzeitigen Planung für Dezember 2026 vorgesehen. Damit besteht die Chance, aus einem überfrachteten Entwurf ein echtes Beschleunigungsgesetz zu machen.

Entscheidend für den Erfolg des IAA wird sein, ob Unternehmen durch ihn tatsächlich wieder schneller investieren und produzieren können. Industrielle Stärke lässt sich nicht verordnen und Industrieanteile sind noch nie Planvorgaben aus Regierungszentralen gefolgt. Industrielle Stärke braucht ein ordnungspolitisch stabiles Fundament, auf dem Unternehmen ihre innovative und produktive Kraft auf die Straße bringen können. Dieses verlässliche Fundament ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist eine europäische Errungenschaft. Und ein europäisches Erfolgsmodell. Europas Wohlstand ist

„Der Industrial Accelerator Act greift vielmehr in unternehmerische Entscheidungen ein und sendet handelspolitisch die falsche Botschaft in die Welt. Wer Europa stärken will, darf wichtige Partner nicht vor den Kopf stoßen.“

Volker Treier

IAA: Risiken von „Buy European“ (Prozent der befragten Unternehmen)



Quelle: DIHK 04.03.2026

Fotos: Treier: DIHK/Werner Schuering; Weber: ZVEI

„Local-Content-Regeln oder europäische Präferenzkriterien allein retten keinen Standort.“

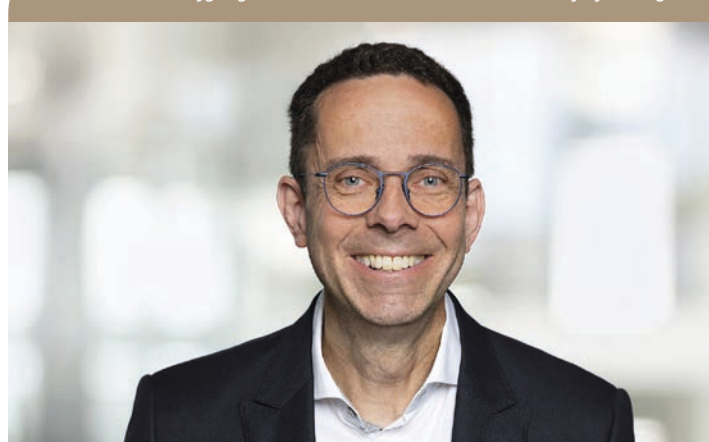
Wolfgang Weber

gewachsen auf den Pfeilern von Wettbewerb, Privateigentum, Vertragsfreiheit und offenen Märkten. Europa wird auch seine heutigen wirtschaftlichen Herausforderungen nur auf dieser Grundlage bewältigen können – und nicht durch die Abwendung von Erfolgsrezepten. Aus „Buy European“ muss „Compete European“ im Sinne eines marktwirtschaftlichen, europäischen Ansatzes werden. Nur dann wäre der IAA ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Industrie.



Dr. Christoph Sprich
Leiter Wirtschafts- und
Finanzpolitik
sprich@mit-bund.de

Wolfgang Weber, Vorsitzender der ZVEI-Geschäftsführung



Anzeige



Investitionsbank
Berlin

Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB



Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

WACHSTUM ERMÖGLICHEN, WANDEL GESTALTEN:

Die Finanzierung des Mittelstands

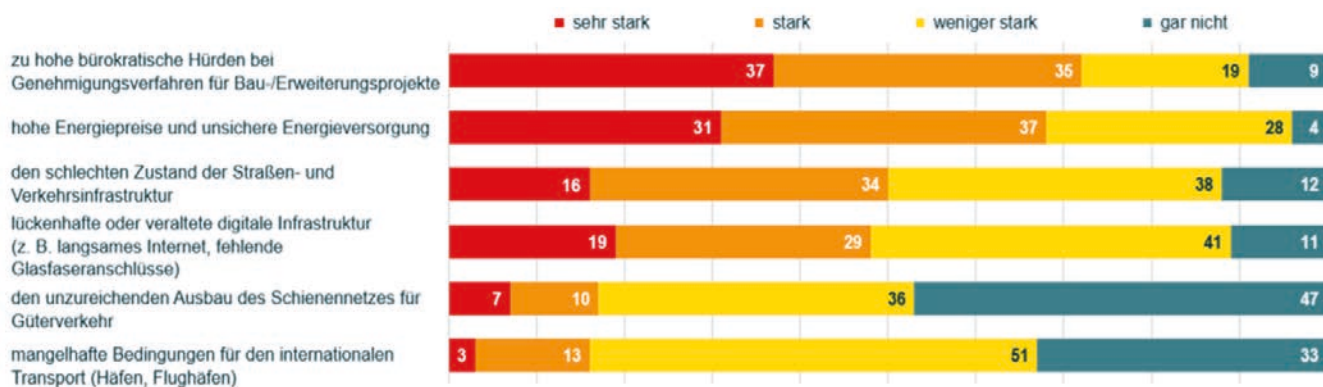
Namensbeitrag von Michael Kotzbauer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Commerzbank AG

Deutschland steht an einem Wendepunkt, an dem sich entscheidet, ob wir unsere industrielle Stärke in das nächste Jahrzehnt tragen oder an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Besonders für den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, ist dies eine Phase großer Herausforderungen, aber auch Chancen.

Finanzierungssituation des Mittelstands

Die Unternehmen in Deutschland stehen unter Druck. Nach fünf Jahren faktischer Stagnation erweist sich das Jahr 2026 trotz staatlichen Infrastrukturlpakets nur als mageres Wachstumsjahr. Hinzu kommt, dass die Unternehmen bereits seit mehr als zehn Jahren unter einer erodierenden Standortqualität leiden. Befragungen zeigen die altbekannten Herausforderungen: überbordende Bürokratie, hohe Energiekosten und der schlechte Zustand der Infrastruktur. Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen sowie verlässliche Banken als Partner für Investitionen.

Das Unternehmen wird belastet durch ... (Angaben in Prozent)



Quelle: Unternehmerperspektiven-Studie „Infrastruktur 2026“ | Basis: 251 Unternehmen ab 15 Mio. € Jahresumsatz

Investitionshemmende Faktoren aus Unternehmenssicht

Dafür braucht es Tempo bei Reformen und gezielte Wachstumsimpulse. Die Transformation muss ökonomisch nachhaltig sein und die industrielle Wertschöpfung in Deutschland stärken, nur so lässt sich die Wirtschaftskraft des Standorts sichern und ausbauen.

Banken sind gefragt, diese Impulse in nachhaltiges Wachstum zu übersetzen. Entscheidend ist dabei der Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die deutsche Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand hat weiter großes Potenzial. Jetzt geht es darum, von Seiten der Politik die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die vorhandenen Chancen auch genutzt werden können.

Trends

Angesichts des hohen Investitionsbedarfs in Deutschland reichen öffentliche Mittel, zum Beispiel aus dem staatlichen Infrastrukturpaket, allein nicht aus. Es braucht privates Kapital und einen echten europäischen Kapitalmarkt. Initiativen wie „Made for Germany“ zeigen, wie groß die Bereitschaft der Wirtschaft ist, Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig müssen wir den Zugang zu Eigen- und Wagniskapital für wachstumsorientierte, oft mittelständisch geprägte Unternehmen verbessern.

Die Commerzbank geht voran, indem wir neue Angebote für schnell skalierende innovative Unternehmen mit ESG-Impact und für Scale-ups aus dem Defense-Bereich geschaffen haben: Diese Angebote ergänzen unser seit Jahren erfolgreiches Finanzierungsangebot für wachsende junge Unternehmen. Wir schließen hiermit bewusst eine Finanzierungslücke zwischen klassischem Venture Capital und der üblichen Finanzierung von

„Angesichts des hohen Investitionsbedarfs in Deutschland reichen öffentliche Mittel, zum Beispiel aus dem staatlichen Infrastrukturpaket, allein nicht aus.“

mittelständischen Unternehmen. Die Kreditvergabe stützt sich dabei stark auf die Zukunftsfähigkeit der verwendeten Technologie und das Wachstumspotenzial, in der Regel untermauert durch erste bestehende Kundenaufträge, und auf das bereits eingesetzte Eigenkapital von Investoren.

Finanzierungsformen

Die verschiedenen Finanzierungsformen sollten gerade bei jungen Unternehmen Hand in Hand gehen. Ein funktionierendes Ökosystem aus Venture Capital, Growth Equity und bankenbasierter Finanzierung ist wichtig für den Mittelstand. Starke Wagnis- und Wachstumskapitalmärkte sorgen dafür, dass Technologien bis zur Marktreife kommen – erst dann können Banken mit Fremdkapital einsteigen. Für den Mittelstand entsteht so ein „Dealflow“ an Lösungen, in den sie investieren, den sie lizenzieren oder in ihre Wertschöpfung integrieren können.

Rolle der Banken

Die Aufgabe der Banken ist es, Kapital bereitzustellen und Investitionen mit Unternehmen durchzudenken: Wie belastbar ist der Geschäftsplan? Welche Risiken bestehen? Wie bleibt eine Finanzierung auch in schwierigeren Jahren tragfähig? Entscheidend ist dabei, die Branche der Unternehmen genau zu kennen und auf dieser Basis Kreditentscheidungen für Investitionen im In- und Ausland zu treffen.

Trotz vielfältiger Herausforderungen kann der Mittelstand mit Tempo, Tatkraft und einer klaren Ausrichtung auf Zukunftsfähigkeit auch künftig der Motor für Wachstum, Innovation und Stabilität in Deutschland und Europa sein. Die Banken in Deutschland sind bereit, dies aktiv mitzugestalten. ●

Michael Kotzbauer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Commerzbank AG



DIE RELEVANZ DER KERNKRAFT

Renaissance ohne Deutschland

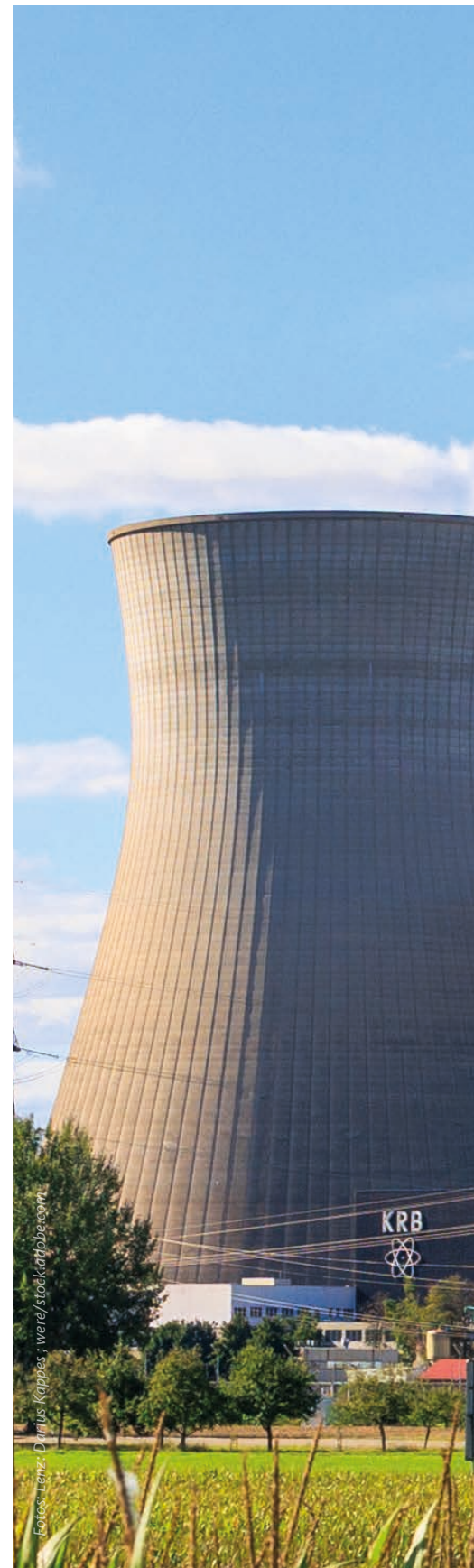
Weltweit gehen Reaktoren ans Netz, hierzulande gehen sie in den Container. Während in Deutschland die Bagger die letzten Kühltürme abtragen, wird anderswo gebaut. Die Internationale Atomenergie-Organisation (eng. International Atomic Energy Agency, IAEA) zählt aktuell 78 Reaktoren mit rund 82 Gigawatt Reaktorleistung im Bau, in 17 Ländern. Wir befinden uns auf einem der höchsten Stände seit 30 Jahren. Rund die Hälfte davon entsteht in China, das seine installierte Leistung bis etwa 2030 auf 100 Gigawatt bringen will. Hinzu kommt, dass in den vergangenen zehn Jahren laut der Internationalen Energieagentur knapp 94 Prozent aller neu begonnenen Reaktoren aus chinesischem oder russischem Design stammten. Wer heute über Kernenergie schweigt, überlässt anderen die Marktanteile bei Turbinen, Pumpen, Ventilen und Sicherheitstechnik – einer Domäne, die einmal dem deutschen Maschinenbau gehörte.

Die Welt geht andere Wege als wir. Auf der COP28 verpflichteten sich 2023 zunächst 22 Staaten, ihre Kernenergiekapazität bis 2050 zu verdreifachen; inzwischen sind es 38, darunter mit Tschechien und den Niederlanden direkte Nachbarn. In den EU-Mitgliedstaaten laufen derzeit 98 Reaktoren.

Warum wir Kernenergie brauchen: der Blick nach vorn

Die eigentliche Dringlichkeit liegt nicht in der Vergangenheit, sondern vor uns. Deutschland und Europa elektrifizieren Industrie, Wärme und Verkehr. Zeitgleich wächst der Strombedarf durch Digitalisierung in einer Geschwindigkeit, die hierzulande lange Zeit unterschätzt wurde. Ein Beispiel sind die Rechenzentren. Die Internationale Energieagentur rechnet global mit einer Verdopplung des Rechenzentrums-Stromverbrauchs auf rund 945 Terawattstunden bis 2030. Haupttreiber ist der KI-Ausbau, dessen Stromverbrauch sich in diesem Zeitraum verdreifacht. Für Deutschland rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg des Rechenzentrums-Stromverbrauchs von aktuell rund 20 auf 25 bis 35 Terawattstunden bis 2030, in Extremszenarien auf bis zu 39 Terawattstunden bis 2037. Bitkom beziffert den Zubau an installierter Rechenzentrumsleistung bis 2030 auf rund 5.000 Megawatt. Gegenüber 2024 ist dies nahezu eine Verdopplung, wobei sich die Kapazität reiner KI-Rechenzentren allein vervierfachen soll.

Diese Nachfrage ist nicht verhandelbar. Sie entsteht entweder hier oder aber anderswo. Wer digitale Souveränität, KI-Standort und industrielle Wettbewerbsfähigkeit ernst meint, braucht eine verlässliche und bezahlbare Ener-



„Die Dimension des Fehlers, des Ausstiegs aus der Kernkraft ist riesengroß. Gerade die letzten Kernkraftwerke wären bzgl. Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und auch der Frage CO₂-armer Stromerzeugung ein großer Gewinn gewesen.“

Andreas Lenz



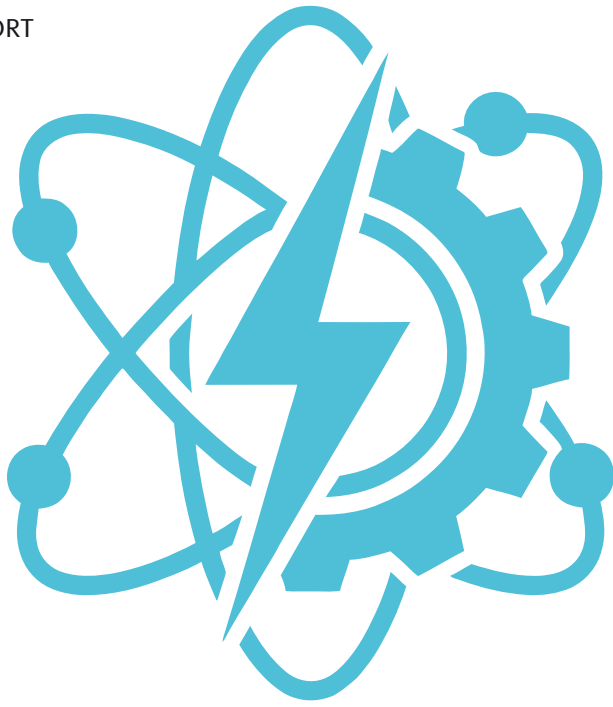
gieversorgung. Kernenergie, entweder im großen Stil oder mit kleinen Reaktoren, liefert genau das, was eine digitalisierte Volkswirtschaft braucht: grundlastfähige, wetterunabhängige, CO₂-arme Erzeugung rund um die Uhr. Das unterscheidet sie fundamental von Wind und Sonne, die zwar günstiger produzieren, aber keine gesicherte Leistung bieten. Beides schließt sich nicht aus. Im Gegenteil: Ein Industrieland muss diversifizieren und kann es sich nicht leisten, eine gesicherte, klimaneutrale Erzeugungsoption von vornherein auszuschließen. Denkverbote darf es nicht mehr geben.

Brüssel dreht bei

Auf dem Kernenergiegipfel in Paris im März 2026 kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, Europa zu einem globalen Zentrum der Kernenergie der nächsten Generation machen zu wollen, mit Fokus auf kleine modulare Reaktoren (SMR), die Anfang der 2030er-Jahre einsatzbereit sein sollen. Den deutschen Rückzug aus der Kernkraft nannte sie einen strategischen Fehler.

Dr. Andreas Lenz, MdB





„Deutschland kann es sich nicht leisten, bei einer der weltweit wichtigsten Zukunftstechnologien dauerhaft nur Zuschauer zu sein.“

Nicole Koch

Nicole Koch,
Geschäftsführerin Kerntechnik Deutschland e.V.



Ob der Ausstieg unumkehrbar ist, ist keine technische, sondern eine politische Frage. Belgien hat es vorgemacht: Am 30. April 2026 stoppte die Regierung den Rückbau sämtlicher Reaktoranlagen und verhandelt seither mit Betreiber Engie über eine staatliche Übernahme der kompletten Flotte, mit dem erklärten Ziel, Kontrolle über die eigene Versorgung zurückzugewinnen. Premierminister Bart De Wever begründete das mit „sicherer, bezahlbarer und nachhaltiger Energie“. Wo der politische Wille vorhanden ist, findet sich auch der Weg. Notfalls über den Eigentümer, nicht nur über den bestehenden Betreiber.

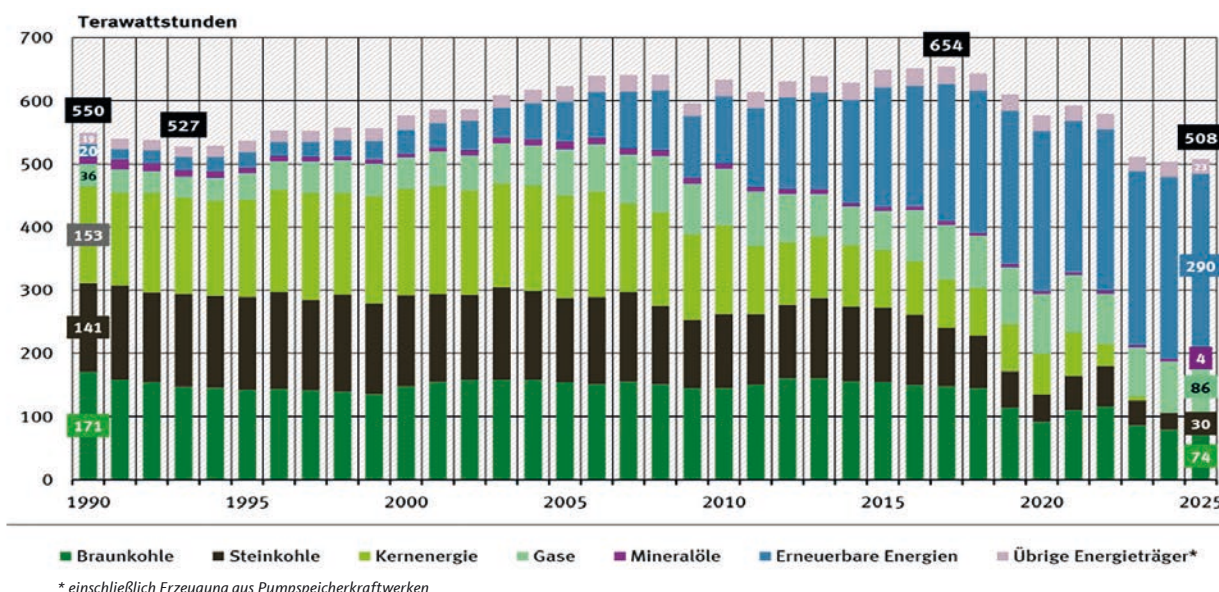
Reaktivierung und Wiedereinstieg

Ein im Juni 2026 vorgelegter Bericht der Radiant Energy Group (Chicago) und des Vereins Nuklearia hält eine Reaktivierung von fünf deutschen Reaktoren – Brokdorf, Emsland, Isar 2, Neckarwestheim 2 und Grohnde – für technisch bis 2031 möglich und beziffert die Stromgestehungskosten der am besten geeigneten Anlagen auf rund 3,7 Cent je Kilowattstunde, deutlich unter dem Day-Ahead-Marktpreis. Die Autoren kommen zu dem Schluss, ein Neustart scheitere „vor allem am politischen Willen, nicht an technischen oder wirtschaftlichen Hindernissen“. Auch der ehemalige Unionsfraktionschef Jens Spahn verwies im April 2026 auf Studien, wonach die zuletzt abgeschalteten Reaktoren für neun bis zehn Milliarden Euro wieder ans Netz gehen könnten, während anderswo 30 bis 50 Milliarden Euro in Neubauten fließen.

Dem widerspricht die Gegenseite. Die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) hält eine Instandsetzung zwar grundsätzlich für technisch möglich, bewertet die Zeit- und Kostenprognosen der Radiant-Gruppe aber bereits in der Vorgängerstudie von 2024 als „extrem optimistisch“. Der Betreiber PreussenElektra lehnt einen Neustart von Isar 2 und Brokdorf explizit ab.

Fakt ist: Der erste Schritt zu einem Wiedereinstieg ist politischer, nicht technischer Natur. Denn das eigentliche Hindernis liegt tiefer als die Haltung eines einzelnen Betreibers: Die frühere Leistungsbetriebsgenehmigung der zuletzt abgeschalteten Anlagen wurde bereits durch eine Stilllegungs- und Abbaugenehmigung ersetzt. Ein Wiedereinstieg würde ein komplett neues atomrechtliches Genehmigungsverfahren nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik erfordern.

Bruttostromerzeugung nach Energieträgern



Der Strompreis ist der Prüfstein

Für den Mittelstand zählt am Ende die Rechnung. Kleine und mittlere Industriebetriebe zahlen 2026 bei Neuabschlüssen im Schnitt 16,7 Cent je Kilowattstunde, ein Rückgang von 0,9 Cent gegenüber dem Vorjahr, vor allem dank des Bundeszuschusses zu den Übertragungsnetzentgelten. Der neue, ab 2026 geltende Industriestrompreis von rund fünf Cent entlastet energieintensive Großverbraucher. Der breite Mittelstand fällt weitgehend durch das Raster.

Die Reaktivierung bestehender, bereits abgeschriebener Standorte ist ökonomisch ein anderer Fall als der Neubau. Hier bewegen sich die genannten Studien im Bereich von unter vier Cent, wenn man den Annahmen der Befürworter folgt. Fakt ist jedoch auch, dass die Gesamtsystemkosten wesentlich bedeutender sind als die Stromgestehungskosten einzelner Anlagen. Die Unternehmen in Deutschland brauchen vorrangig eine bezahlbare und versorgungssichere Energieversorgung. Die Kernenergie schlägt genau in diese Kerbe und ist zudem CO₂-arm. Anstatt verschiedene

„Der Mittelstand braucht keine Glaubensfrage, sondern verlässliche Rahmenbedingungen...“

Shereef Salzmann

Technologien gegeneinander auszuspielen, muss mit technologieoffener Diversifizierung unsere Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden.

Deutschland sollte wieder zum Forschungs- und Entwicklungscluster für die friedliche Nutzung der Kernenergie werden, SMR und Reaktoren der vierten Generation erforschen und bei der Kernfusion wieder führend werden. Dass privates Kapital bereitsteht,

zeigt Argentinien: Am Standort Atucha soll ein modularer Reaktor vom Typ ACR-300 mit 300 Megawatt entstehen, finanziert mit 1,2 Milliarden US-Dollar an privatem Kapital des Entwicklers Meitner Energy, ohne einen Cent aus dem Staatshaushalt.

In einer Zeit wachsenden Strombedarfs durch Digitalisierung und Elektrifizierung kann es sich Deutschland nicht leisten, eine grundlastfähige, klimaneutrale Erzeugungsoption wegzudiskutieren. Die Frage ist nicht allein, ob Reaktivierung physikalisch ausgeschlossen ist – sie ist es nicht. Ob sie rechtlich und politisch durchsetzbar ist, hängt von einer Neubewertung ab, der sich die Politik nicht verweigern sollte. Der Mittelstand braucht keine Glaubensfrage, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und eine Technologie, die nicht politisch abgeschrieben wird, bevor sie geprüft ist. Die Kernenergie erlebt eine weltweite Renaissance. Deutschland sollte sich dieser nicht verschließen. ●



Shereef Salzmann
Referent für Energie-, Klima- und Umweltpolitik



„Das Ziel ist, Deutschland von der Forschungsspitze an die Wettbewerbsspitze zu bringen. Dafür braucht es auch unseren starken Mittelstand.“

Im Interview mit MIT-Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal erläutert Bundesforschungsministerin Dorothee Bär, wie aus deutscher Spitzenforschung schneller Wertschöpfung entstehen soll, welche Chancen KI, Robotik und Fusion für den Mittelstand bieten und warum Deutschland mehr Mut zu technologischen Risiken braucht.

Bastian Pophal: Frau Bundesministerin, die Hightech Agenda soll Forschung stärker in Wachstum und Wertschöpfung übersetzen. Wo steht die Umsetzung und wann werden mittelständische Unternehmen erste konkrete Verbesserungen spüren?

Dorothee Bär: Wir bleiben bei der Hightech Agenda Deutschland bei dem Highspeed, mit dem wir letztes Jahr gestartet sind. In den ersten 100 Tagen der Bundesregierung beschlossen, sind schon die Hälfte der großen Maßnahmen, der Flaggschiffmaßnahmen, in der HTAD gestartet. Die Technologie-Roadmaps, die wir im Mai 2026 vorgestellt haben, sind unser ganz konkreter Fahrplan, wie wir gemeinsam – Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Länder – die HTAD erfolgreich umsetzen können. Gerade aus Wirtschaft und Industrie bekommen wir dafür bereits viel Zuspruch. Das hat man zum Beispiel hervorragend bei der Vorstellung der neuen Fusionshubs Ende Juli gesehen. Diese sind auf Wertschöpfung durch stärkeren Transfer und den Aufbau von Innovationsökosystemen ausgerichtet. Davon profitieren auch innovative Mittelständler, die sich mit Hochschulen und Forschungsinstituten zusammentun. Auf solche Partnerschaften kommt es an. Denn nur gemeinsam bringen wir unser Land nach vorne und machen es zum Top-Technologieland.

Deutschland ist in der Forschung stark, doch zu selten entstehen daraus erfolgreiche Produkte und Unternehmen. Wie wollen Sie Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft künftig besser zusammenbringen?

Genau dafür gibt es die neue Transferinitiative F.A.S.T. – das steht programatisch für Forschung, Ausgründungen, Skalierung und Transfer und für „schnell“. Sie wird vielversprechende Forschungsergebnisse schneller, radikal unbürokratisch und wirksamer in Innovationen und Produkte überführen. Mit F.A.S.T. legen wir als BMFTR erstmalig einen klaren Fokus auf die Bedarfe der Wirtschaft. Die F.A.S.T.-Transferhubs sollen die Anlaufstellen für Transfer sein. Die etwa sechs Transferhubs sollen auf Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda Deutschland ausgerichtet sein. Die Hubs matchen die konkreten Lösungsbedarfe aus der Wirtschaft mit passenden Forschungsergebnissen und dazugehörigen Akteuren über einen digitalen Transfermarktplatz. Neben finanzieller Förderung gibt es auch ganz praktische Unterstützung durch Wirtschaftsmentorinnen und -mentoren. Wir brauchen ein Transferökosystem, das von der Idee, über die Überführung in eine marktfähige Innovation bis zur Einführung und Skalierung am Markt reicht. Deswegen erarbeiten wir mit einer Transferagenda einen neuen übergreifenden strategischen Ansatz. F.A.S.T. gehört dazu.

Komplizierte Anträge und lange Verfahren schrecken gerade kleinere Unternehmen von Forschungsprojekten ab. Welche konkreten Erleichterungen soll das Innovationsfreiheitsgesetz bringen?

Wir müssen schneller, flexibler und agiler werden, damit wir in Deutschland unsere Innovationskraft voll entfalten können. Mein Ministerium treibt dafür mit hoher Priorität eine Innovationsfreiheitsoffensive voran, um bürokratische Hürden für Forschung und Innovation abzubauen.



Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den KMU. Zum Beispiel führt das BMFTR aktuell eine neue Pauschale zur Entlastung von KMU und Mittelstand ein, mit der die Beantragung von Gemeinkosten erheblich vereinfacht wird. Ein weiteres zentrales Vorhaben ist die konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung der Förderverfahren. Ziel ist, den gesamten Prozess von der Antragstellung über die Bewilligung bis hin zur Projektabwicklung vollständig digital,

medienbruchfrei und nutzerfreundlich auszugestalten. Zudem gibt es Informationsangebote wie die Förderberatung „Forschung und Innovation“ des Bundes, die etwa KMU unterstützt, das passende Förderprogramm zu finden, die Fördervoraussetzungen besser zu verstehen und Fragen zur Antragstellung zu klären.

Bis 2030 sollen zehn Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung KI-basiert erwirtschaftet werden. Wie sorgen wir dafür, dass Künstliche Intelligenz auch in der Breite des Mittelstands ankommt?

Mit der KI-Offensive bringt das BMFTR die Schlüsseltechnologie Künstliche Intelligenz in die Anwendung in Handel, Handwerk und Industrie. Damit unsere deutschen Unternehmen ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch KI-optimierte und automatisierte Prozesse erhöhen. Eine von uns bereits begonnene Maßnahme ist der Ausbau der vier KI-Servicezentren. Sie sind die erste Anlaufstelle für KMU: sie stellen Rechenzeit zur Verfügung und beraten in allen Fragen rund um den Einsatz von KI. So treiben wir die Entwicklung produktivitätssteigernder KI-Anwendungen entschlossen voran für Produkte, Produktion und Services der nächsten Generation.

„Wir brauchen ein Transferökosystem, das von der Idee, über die Überführung in eine marktfähige Innovation bis zur Einführung und Skalierung am Markt reicht.“

„Unser Maschinenbau ist weltweit angesehen, unsere Forschung zur KI-basierten Robotik ist exzellent. Wir müssen diese beiden Stärken zusammenbringen.“

KI kann Ressourcen schonen und innovative Lösungen voranbringen, das muss genutzt werden. Im Rahmen von zwei aktuellen Förderrichtlinien zu „KI-integrierender Wertschöpfung“ in Handwerk, Handel und Industrie fördern wir innovative Produktionssysteme durch KI. Dadurch werden KMU unterstützt, universell einsetzbare KI-Module zu entwickeln und zu erproben. Wesentlich sind ein sicherer und wirtschaftlicher Betrieb, der mit den in mittelständischen Unternehmen üblichen IT-Kompetenzen möglich ist. Besonders im Blick haben wir die Übertragbarkeit auf weitere Unternehmen und Branchen, um noch mehr Breitenwirksamkeit zu entfalten. So heben wir das große Potential des deutschen Mittelstands weiter und stärken seine technologische Souveränität.

„Es entsteht gerade ein riesiger Binnenmarkt für robotische Lösungen - nicht um den Menschen zu ersetzen, sondern um ihn in den Mittelpunkt stellen zu können.“

Bei der Verbindung von KI und Robotik treffen deutsche Stärken im Maschinenbau auf einen weltweiten Wachstumsmarkt. Wo steht Deutschland – und welche Chancen ergeben sich für mittelständische Hersteller und Zulieferer?

Die Verbindung von KI und Robotik ist eine enorme Chance für Deutschland: Unser Maschinenbau ist weltweit angesehen, unsere Forschung zur KI-basierten Robotik ist exzellent. Wir müssen diese beiden Stärken zusammenbringen. Wir als Politik sind gefordert, dafür den passenden Rahmen zu schaffen – damit wir hier auch zukünftig ganz vorne sind. Deswegen haben wir in der Hightech Agenda Deutschland unseren KI-Robotikbooster gestartet. Wir sind gerade dabei,

eine Roadmap für die KI-basierte Robotik zu erstellen. In der KI-basierten Robotik liegt eine handfeste Chance für unsere Wirtschaft, für unseren starken Mittelstand und unsere innovativen Start-Ups. Hier liegen Potenziale für den Maschinenbau, für traditionelle Unternehmen aus der Fahrzeug- und Zulieferindustrie. Es entsteht gerade ein riesiger Binnenmarkt, der robotische Lösungen für die Anwendung fordert: sei es in der Produktion, der Landwirtschaft oder der Pflege. Übrigens nicht um den Menschen zu ersetzen, sondern um ihn in den Mittelpunkt stellen zu können.

Deutschland ist ein Land der Tüftler, aber noch zu selten ein Land des Chancenkapitals. Was muss sich ändern, damit technologieintensive Start-ups hier wachsen und ihre Wertschöpfung in Deutschland halten?

Es geht vor allem darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Bei der Kapitalverfügbarkeit, gerade in den Wachstumsphasen junger Unternehmen, haben wir in Deutschland und Europa weiterhin einen erheblichen Rückstand gegenüber den USA oder China. Die Folge ist, dass viele Start-ups auf ausländisches Kapital angewiesen sind – und dann auch oft ins Ausland abwandern. Das darf so nicht bleiben. Wir müssen in Deutschland und Europa die Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionskassen für Investitionen in Zukunftstechnologien und Venture Capital mobilisieren und intelligente Modelle für die öffentlich-private Ko-Finanzierung auflegen. Auch die öffentliche Beschaffung sollten wir noch zielgerichteter als Innovationsmotor einsetzen. Außerdem geht es darum, Bürokratie abzubauen, den Rahmen für die Entstehung und Verwertung von geistigem Eigentum (IP) zu verbessern, die Fachkräftebasis zu sichern und zu stärken. Mit



der Startup- und Scaleup-Strategie hat die Bundesregierung dafür gerade ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt. Wir sind also dran. Mit der neuen Transferinitiative F.A.S.T. meines Ministeriums soll auch Start-ups der Weg bereitet werden, indem wir vielversprechende Transfer- und Innovationsprojekte unterschiedlicher Reifegrade auf ihrem Weg in Richtung Markt und Verwertung fördern. Über allem steht: Wir brauchen in Deutschland eine neue Risikokultur – kurz und knapp: Wir brauchen mehr Mut.

Die MIT hat 2025 Proxima Fusion ausgezeichnet. Das Unternehmen steht für eine neue Generation technologiegetriebener Gründungen. Deutschland verfolgt das Ziel, das weltweit erste Fusionskraftwerk zu bauen. Wie realistisch ist dieses Ziel – und welche wissenschaftlichen, finanziellen und regulatorischen Hürden müssen dafür noch überwunden werden?

Die Fusions-Start-ups haben der Fusion zu neuer Dynamik verholfen. Sie sind ein wichtiger Baustein im entstehenden Fusionsökosystem. Auch darüber hinaus sind wir sehr gut aufgestellt. Wir haben eine exzellente Forschungslandschaft mit Forschungsinfrastrukturen der Weltklasse und wir haben eine sehr gute industrielle Basis für zukünftige Lieferketten. Das ist ein großer Standortvorteil für Deutschland. Wir binden für unser Ziel alle relevanten Akteure ein und entwickeln das Fusionsökosystems gezielt weiter: Mit der Förderung von gemeinsamen Projekten zwischen Industrie und Wissenschaft, der institutionellen Förderung, den neuen Fusionshubs, der meilensteinbasierten Finanzierung sowie der Teilnahme an dem neuen europäischen Förderprogramm für strategischen Zukunftsprojekte im Bereich (IPCEI) „innovative Kerntechnologien“. Das ist ein ganzes Maßnahmenbündel. Wir sorgen für die Vernetzung



„In verschiedensten Technologiefeldern – von KI, autonomen Systemen, sowie Cyber- und Sensortechnologien bis zur Raumfahrt – bieten sich für den Mittelstand große Chancen für marktfähige Innovationen.“



von Wissenschaft und Wirtschaft, damit Innovationen entstehen können. Allein in dieser Legislaturperiode werden wir 2,4 Milliarden Euro für die Fusion bereitstellen. Ich setze mich dafür ein, die Finanzierung auch nach der Legislaturperiode fortzusetzen. So kann das erste Fusionskraftwerk in Deutschland gebaut werden.

Viele Schlüsseltechnologien Ihres Hauses haben sowohl zivilen als auch sicherheitspolitischen Nutzen. Welche Chancen bieten Dual-Use-Technologien für innovative Mittelständler – und wie kann Ihr Ministerium dazu beitragen, dass aus deutscher Spitzenforschung schneller marktfähige Anwendungen entstehen?

Die weltpolitische Lage hat sich stark verändert. Es ist eine Zeitenwende. Das bringt auch einen erhöhten Bedarf an Dual-Use sowie sicherheitsrelevanten Technologien und Anwendungen in Deutschland und Europa mit sich. Deshalb ist die Sicherheits- und Verteidigungsforschung auch ein strategisches Forschungsfeld der HTAD. In verschiedensten Technologiefeldern – von KI, autonomen Systemen, sowie Cyber- und Sensortechnologien bis zur Raumfahrt – bieten sich für den Mittelstand große Chancen für marktfähige Innovationen. Die Bedeutung von Raumfahrt für unsere Sicherheit ist schon heute offenkundig. Mit dem Space Innovation Hub aktivieren wir gezielt die New-Space-Szene und fördern auch hier die Entwicklung sicherheitsrelevanter Technologien bis zur Marktreife. Ein weiteres Beispiel



„Wir können die Zukunft noch nicht vorhersagen. Die Technologien entwickeln sich rasant. Deshalb überprüfen wir die Roadmaps kontinuierlich und entwickeln sie – wo nötig – auch weiter.“

sind die Quantentechnologien, die großes Potential für Dual-Use-Anwendungen bieten und zu den Schlüsseltechnologien der HTAD gehören. Ein Projekt entwickelt zum Beispiel Quantensensoren unter anderem auch für die Kampfmittelsuche. Daran sind auch Unternehmen beteiligt.

Sie haben Deutschland bei der Frauengesundheit als Entwicklungsland bezeichnet. Was wollen Sie konkret verbessern – und welche Chancen entstehen dabei für Medizintechnik, Biotechnologie und digitale Gesundheitsunternehmen?

Die Themen geschlechtersensible Medizin und Frauengesundheit sollen als das gesehen werden, was sie auch sind: ein Motor von Forschung und Entwicklung und zentral für die Gesundheit von Millionen. Insgesamt werde ich in dieser Legislatur daher rund 90 Millionen Euro in die Forschung zu geschlechtersensibler

Medizin und Frauengesundheit investieren. Wovon übrigens nicht nur Frauen, sondern alle Geschlechter profitieren. Das World Economic Forum hat 2024 ausgerechnet, dass wir eine Billion Dollar Wachstum weltweit generieren könnten, wenn wir die geschlechterspezifischen Versorgungslücken, den Gender Health Gap, schließen würden. Exzellente Forschung ist Deutschlands stärkste Ressource. Dieses Potenzial müssen wir mit Produkten und Anwendungen in Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung überführen. Hier werden auch Chancen für die Bereiche Medizintechnik, Biotechnologie oder digitale Gesundheit entstehen.



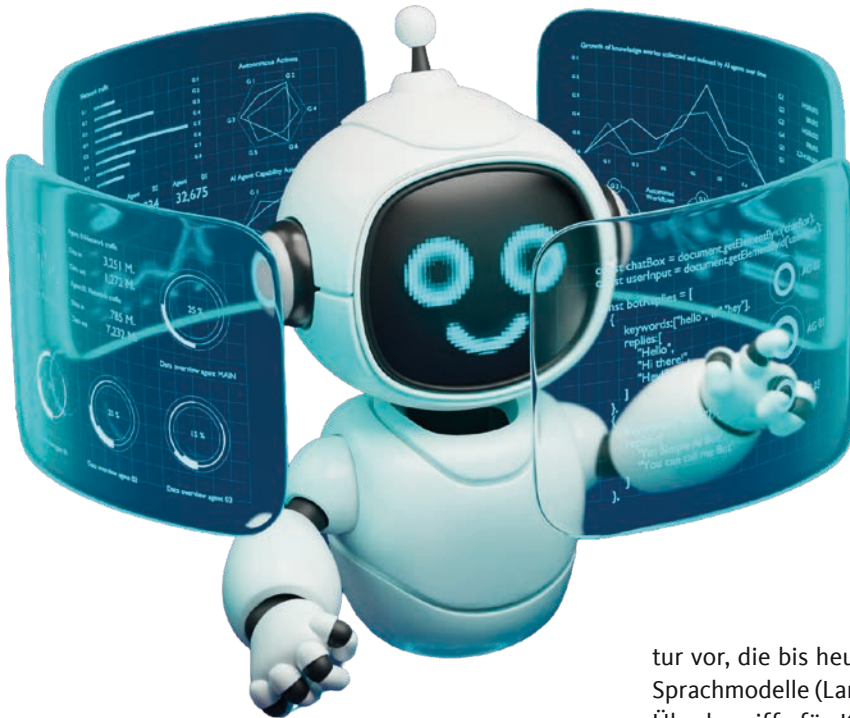
Wenn wir dieses Interview im Jahr 2030 erneut führen: Über welche technologischen Durchbrüche, neuen Unternehmen und zusätzlichen Wertschöpfungsketten „Made in Germany“ möchten Sie dann sprechen?

Genau das beantworten wir mit den Technologie-Roadmaps der HTAD. Sie sind mit konkreten Zielen und Meilensteinen für die nächsten Jahre unterlegt. In vielen Bereichen ist 2030 dabei ein entscheidender Zeithorizont. So wollen wir bis 2030 die Datenökosysteme in zentralen KI-Anwendungsfeldern ausgebaut haben und so auch dazu beitragen, dass Deutschland bis dahin Leitmarkt für industrielle KI wird. Wir wollen bis 2030 neue KI-Chips für das Edge-Computing zur Marktreife gebracht haben. Bei den Quantentechnologien sind Rechenoperationen mit logischen Qubits ein wichtiger Meilenstein. Bei den Batterietechnologien wollen wir den wachsenden Markt im Bereich „non-automotive“ erschlossen haben. In der Biotechnologie soll bis 2030 die Anzahl der klinischen Studien in den Gen- und Zelltherapien um 30 Prozent und den Umsatzanteil biobasierter Chemikalien auf 15 Prozent gesteigert worden sein. Klar ist aber auch, wir können die Zukunft noch nicht vorhersagen. Die Technologien entwickeln sich rasant. Manche Dinge, die vor einem Jahr noch unvorstellbar schienen, sind plötzlich schon greifbar. Deshalb überprüfen wir die Roadmaps kontinuierlich und entwickeln sie – wo nötig – auch weiter. Das alles hat das klare Ziel: Deutschland von der Forschungsspitze an die Wettbewerbsspitze zu bringen. Dafür braucht es auch unseren starken Mittelstand.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ●

ATTENTION IS ALL YOU NEED

Eine kurze Geschichte der Künstlichen Intelligenz



Es gibt Ereignisse in der Menschheitsgeschichte, die noch Jahrhunderte später in Geschichtsbüchern stehen – weil sie unser Leben so grundlegend verändert haben, dass man sie als Wendepunkte bezeichnen kann. Die Nutzbarkeit des Feuers, das Rad, der Buchdruck, die Entdeckung der Kernspaltung – und sicher auch die Künstliche Intelligenz.

In den Geschichtsbüchern wird im Zusammenhang mit KI vermutlich der 12. Juni 2017 stehen. An diesem Tag veröffentlichten acht Mitarbeiter des Google-Research-Teams in den USA das Paper „Attention Is All You Need“. Auf wenigen Seiten stellten sie darin die sogenannte Transformer-Architek-

tur vor, die bis heute die Grundlage nahezu aller großen Sprachmodelle (Large Language Models, LLM) bildet – des Überbegriffs für KI-Modelle wie ChatGPT, Claude oder Grok.

Was folgte, kann als technologische Revolution bezeichnet werden. Mit Sam Altman und ChatGPT wurde einer breiten Weltöffentlichkeit erstmals bewusst, wozu KI in der Lage ist. Seither sind die Anwendungsfelder nahezu exponentiell gewachsen: Große Investoren haben das Potenzial erkannt und hunderte Milliarden Dollar in KI-Unternehmen und Rechenzentren investiert. Start-up-Gründungen erreichen im ersten Halbjahr 2026 Rekordniveau, und Unternehmen entdecken laufend neue Anwendungsfelder für ihre Geschäftsmodelle. Selbst der Papst hat in seiner Enzyklika „Magnifica Humanitas“ die Chancen von KI anerkannt und zu einer differenzierten Technologieoffenheit ermuntert.

Von der Geschichte zur Gegenwart: KI im deutschen Mittelstand

Bei KI gilt: Deutschland wird absehbar keine führende Rolle in der Entwicklung großer Sprachmodelle einnehmen – das ist aber auch nicht notwendig. Denn auch KI muss, um pro-



fitabel zu sein, am Ende zu realer Wertschöpfung führen, und die Basis dafür sind Mittelstand und Industrie. Deutschland verfügt über eine industrielle Basis, die in Kombination mit KI zu neuer Leistungsfähigkeit finden könnte.

Damit stellt sich heute – insbesondere für den deutschen Mittelstand – die zentrale Frage: Wie lässt sich KI im eigenen Unternehmen sinnvoll nutzen?

Diese Frage muss letztlich jedes Unternehmen für sich beantworten. KI-Implementierungen erfordern teilweise hohe Investitionen, einen gewissen digitalen Reifegrad sowie Personal, das sich mit dem Thema befasst. Das Potenzial ist dabei in jedem Fall groß: KI-Technologien bieten mittelständischen Unternehmen vielfältige Möglichkeiten, ihre Produktivität zu steigern – etwa durch vorausschauende Wartung von Maschinen, automatisierte Bilderkennung oder Chatbots in der Kundenkommunikation. Für viele Unternehmen ist das Thema dabei gar nicht neu; neu ist vielmehr, dass es jetzt in der Breite verfügbar ist und die Fähigkeiten heutiger Modelle das Potenzial erheblich erhöhen: Roboter werden leistungsfähiger, Datenanalysen treffsicherer und der Ressourceneinsatz dadurch effizienter.

Wie unterschiedlich der Mittelstand mit dieser Technologie umgeht, zeigen aktuelle Studien. Laut IW Consult (2026) geben gut 40 Prozent der Unternehmen – Konzerne wie KMU – an, KI bereits zu nutzen; das entspricht einem Anstieg von 118 Prozent seit 2024. Auch bei Stellenanzeigen zeigt sich das Wachstum deutlich: Der Anteil von Stellenanzeigen mit KI-Anforderungen auf Fachkraftniveau stieg von 10 Prozent in den Jahren 2019 und 2022 auf 17 Prozent im Jahr 2025.

Dabei sind laut einer Studie der KfW insbesondere wissensbasierte Dienstleistungen und Forschungs- und Entwicklungsintensives Gewerbe beim Einsatz von KI weiter als das verarbeitende Gewerbe. Das ist vor dem Hintergrund naheliegend, dass die Investitionskosten für KI-Anwendungen, die nur mit Sprache und Daten arbeiten, sehr viel geringer sind als etwa die Implementierung von KI-Robotern in Fertigungsprozessen.

Die übrigen rund 60 Prozent der befragten Unternehmen nutzen KI bislang nicht. Als Hauptgrund nennen 61 Prozent eine fehlende Relevanz für das eigene Geschäftsmodell, 34 Prozent fehlende Kapazitäten und 29 Prozent datenschutzrechtliche Bedenken.

Digitale Souveränität und Daten

Die datenschutzrechtlichen Bedenken, die viele Unternehmen von einer KI-Nutzung abhalten, haben Anbieter im KI-Bereich bereits aufgegriffen und bieten entsprechende Lösungen an. Darüber hinaus können Unternehmen auch eine eigene KI-Infrastruktur aufbauen und so selbst die

Hoheit über ihre Daten behalten. Denn nicht nur chinesische KI-Modelle sind OpenSource verfügbar, sondern auch ältere Modelle amerikanischer Anbieter – und für viele Anwendungen reichen diese bereits aus. Ein solcher Weg erfordert zwar Investitionen, bietet dafür aber den höchsten Standard an Datensouveränität.

Eigene Datenräume und unternehmens-eigene KI-Lösungen sind auch deshalb sinnvoll, weil Mitarbeiter – ob gewünscht oder nicht – KI ohnehin nutzen werden. Bereits 2024 gab mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer in ausgewählten Industrienationen an, sogenannte Schatten-KI zu verwenden: KI-Anwendungen, die vom Arbeitgeber nicht freigegeben sind, aber über private Geräte genutzt werden, um die eigene Produktivität zu steigern. Der damit verbundene potenzielle Datenabfluss und Compliance-Bruch stellt ein ernstzunehmendes Risiko dar.

Digitale Souveränität ist im KI-Zeitalter nicht nur eine Frage unternehmerischen Handelns, sondern zunehmend auch eine geopolitische. Europa braucht eigene Rechenzentren, damit Daten in Europa und nicht auf anderen Kontinenten verwaltet werden. Die dafür notwendige Infrastruktur in Form von Servern und Rechenzentren befindet sich derzeit im Aufbau. Politisch muss hier jedoch noch nachgesteuert werden.

Energie und Daten als Kernressource

Die Treffsicherheit einer Künstlichen Intelligenz steigt mit der Größe des Datensatzes, mit dem sie trainiert wurde – Daten sind damit der zentrale Rohstoff der KI. Ihre Verarbeitung hat jedoch einen Preis: Energie.

Einem UN-Bericht zufolge verbrauchten Rechenzentren weltweit 2025 rund 448 Terawattstunden Strom – nahezu so viel wie ganz Deutschland; damit läge ein „Land der Rechenzentren“ beim Stromverbrauch weltweit auf Rang elf. Es wundert angesichts dieses Strombedarfs nicht, dass in den USA aktuell Kernkraftwerke reaktiviert werden. Google hat mit Elementl Power, einem Unternehmen, das nukleare Projekte entwickelt, eine Vereinbarung geschlossen, „drei fortschrittliche Kernkraftwerke“ für Standorte in den USA zu entwickeln. Studien prognostizieren je nach Annahmen eine Verdreifachung des Bedarfs an Rechenleistung für KI bis 2030 in Deutschland. Der Energiebedarf steigt damit auch konstant.

Die fatalen Folgen deutscher Energiepolitik sind angesichts des enormen Strombedarfs von Rechenzentren noch spürbarer. Eine Reaktivierung von deutschen Kernkraftwerken ist vor diesem Hintergrund dringend geboten.

Für den Mittelstand bedeutet das: Wer KI nutzt oder eigene Infrastruktur aufbaut, sollte den Energiebedarf und die damit verbundenen Kosten von Anfang an mitdenken.

Künstliche Intelligenz im Regierungshandeln

Auch die Bundesregierung hat das Potenzial dieser Technologie längst erkannt und in ihr Handeln aufgenommen. Dabei sind die treibenden Kräfte die unionsgeführten Häuser.

- Mit der High-Tech-Agenda verfolgt sie das Ziel, dass bis 2030 10 Prozent der Wirtschaftsleistung in Deutschland KI-basiert erbracht werden.
- Flankierend soll die Rechenzentrumskapazität in Deutschland bis 2030 mindestens verdoppelt werden. In der am 18.03.2026 beschlossenen Rechenzentrumsstrategie sind wegweisende Maßnahmen gebündelt, die den privatwirtschaftlichen Ausbau von Rechenzentren konsequent unterstützen sollen.
- Derzeit erproben im Rahmen des Agentic AI Hubs des Digitalministeriums Startups und Kommunen, wie KI-Lösungen in zentralen Bereichen wie Sozialleistungen, Bauwesen und Prozessmanagement Verwaltungen effizienter machen.

Interview mit

1 **Fachkräftemangel, Überbürokratisierung, hohe Lohnstück- und Energiekosten plagen den Mittelstand. KI kann in all diesen Bereichen Effizienzen heben. Hilft KI uns aus der Strukturkrise?**

Definitiv! Es wird viel darüber gesprochen, dass KI menschliche Arbeit ersetzen kann. Für Deutschland ist das eine große Chance, die Lücken zu füllen, die durch den demographischen Wandel entstehen. Und KI kann viele Prozesse beschleunigen, das nutzen wir auch im Staat. So beschleunigt unsere neue KI „Spark“ u.a. Genehmigungsprozesse für Industrieanlagen so sehr, dass sich Wartezeiten halbieren. Auch für Baugenehmigungen setzen wir das bald ein. Es wird ein Booster für Investitionen.

2 **KI ist eine Innovation, die Hebel für viele weitere Innovationen sein kann. In welchen Branchen sehen Sie hier den größten Hebel?**

In einigen Bereichen ist KI schon jetzt ein Gamechanger. Konkret ist das Software-Entwicklung, Kundenservice und alles, was mit Sachbearbeitung zu tun



Thomas Jarzombek ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung. Er betreut dort die Themenfelder Künstliche Intelligenz, Datenökonomie und digitale Innovationen.

- Bei Anwendungsfragen hat auch Bundesforschungsministerin Bär etwa mit dem KI-Robotikbooster dafür gesorgt, dass sich die deutsche Spitzenforschung besser mit der industriellen Fertigung verzahnt, um die Kombination von KI und Robotern in Deutschland als Wertschöpfungsquelle voranzutreiben.
- Am 6. Juli 2026 haben Bundesregierung, Wirtschaft, Verbände und Forschung in einer konstituierenden Sitzung die Plattform Industrie 4.0 neu ausgerichtet und zum zentralen Strategie- und Umsetzungsnetzwerk für industrielle KI in Deutschland ausgebaut. Künftig bringen sich neben Forschungseinrichtungen wie acatech und der Fraunhofer-Gesellschaft auch 17 Unternehmen aus der deutschen Wirtschaft aktiv ein. Ziel ist es, bis 2030 KI-Anwendungen flächendeckend in der deutschen Industrie zu verankern – orientiert am auf der Hannover Messe 2026 vorgestellten Industrial AI Stack – und so die technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.
- Zu guter Letzt wurden in der Start-up und Scale-up Strategie der Bundesregierung Handlungsfelder identifiziert, die Innovationen und Wachstum in neuen innovativen Unternehmen begünstigen werden.

Die Bundesregierung und insbesondere die Unions-geführten Häuser haben mit der High-Tech-Agenda, der Rechenzentrumsstrategie und der Start-up und Scaleup-Strategie entscheidende Hebel umgelegt, um der deutschen Wirtschaft mehr Raum zu geben, sich technologisch auch in neuen Bereichen an die Weltspitze zu setzen. Künstliche Intelligenz ist dabei ein wesentlicher Bestandteil, der glücklicherweise die volle Aufmerksamkeit der Bundesregierung hat, denn: Attention is what AI needs.



Michael Bestgen
Referent für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

Thomas Jarzombek



hat, bspw. bei Versicherungen. Auch Dokumentationen kann KI automatisieren, bspw. für Pflegepersonal am Krankenbett. Beim Streik der Lufthansa hat eine deutsche KI-Firma mit ihrer Technik 40.000 Telefonate gleichzeitig von gestrandeten Reisenden angenommen und Flüge umgebucht oder Hotelgutscheine ausgegeben. So etwas kann nur KI.

3 Künstliche Intelligenz ist ein Querschnittsthema, das nahezu alle Arbeitsbereiche in Wirtschaft und Politik betrifft. Wo sehen Sie derzeit den drängendsten Änderungs- oder Nachholbedarf?

Wir müssen den Einsatz erleichtern, dafür sind wir in Brüssel angetreten und haben es mit dem „KI-Omnibus“ geschafft, dass Erleichterungen für kleine Unternehmen nun auch für den gesamten Mittelstand bis 750 Mitar-

beiter gelten. Wir brauchen nun vor allem auch Rechenzentren in Deutschland, dazu haben wir die Rechenzentrumsstrategie beschlossen. Wichtig sind hier nun auch massive private Investitionen.

4 Deutschland ist das Land des Datenschutzes. Im Bereich von KI und Cloud sind die Sorgen groß, dass unternehmerische Daten in ausländischen Servern ausgelesen werden. Wie souverän müssen wir bei KI werden?

KI wird nach Studien bis zu 200-300 Mrd. Euro Wertschöpfung in der Industrie auf sich ziehen. Darin ist ein Teil zusätzlicher Wertschöpfung enthalten, aber auch eine Verlagerung von der Hardware zur Software. Wir brauchen deutsche KI-Lösungen gerade bei Industrial AI, um diese Wertschöpfung hier im Lande zu halten.

5 Wenn Sie dem Mittelstand eine zentrale Botschaft im Bezug auf die Anwendung von künstlicher Intelligenz im Unternehmen geben könnten, welche wäre das?

Do it! Und zwar jetzt. Noch ist experimentieren möglich und Fehler werden verziehen. Bald wird das nicht mehr so sein. Wer KI nicht einzusetzen weiß, setzt seine Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel. Es gibt viele kompetente KI-Startups in Deutschland mit denen man partnern kann – davon profitieren dann Industrie und das lokale KI-Ökosystem.

Die Fragen stellte Michael Bestgen

Werkstattgespräch im KAH

Wie gelingt wirksamer Klimaschutz, ohne den Industriestandort Deutschland zu überfordern? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Werkstattgesprächs von MIT und CDA am 24. Juni im Konrad-Adenauer-Haus. Die Ausrichtung des Werkstattgesprächs war ein Beschluss des CDU-Bundesparteitags im Februar.

Gemeinsam mit Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, MIT-Bundesvorsitzender Gitta Connemann, CDA-Chef Dennis Radtke und NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann diskutierten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und die neue geopolitische Lage.

Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann machte deutlich, dass es nicht um ein Abrücken vom Klimaschutz geht, sondern um einen Kurs, der Ökologie und Ökonomie zusammenführt. „Klimaschutz braucht Akzeptanz. Und Akzeptanz gibt es nur, wenn Klimaschutz Arbeitsplätze sichert, statt gefährdet.“ Sie verwies darauf, dass nationale Klimaziele konkrete rechtliche Folgen haben können und deshalb sorgfältig ausgestaltet werden müssen.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche warb für eine wirtschaftlichere Energiewende mit einem besseren Zusammenspiel von Netzausbau, erneuerbaren Energien und gesicherter Kraftwerksleistung. Gleichzeitig zeigte die Diskussion, dass die Meinungen über das Klimaziel 2045 innerhalb der CDU unterschiedlich bleiben. Viele Redner plädierten dafür, weniger über Jahreszahlen und mehr über marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel und bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen zu sprechen.

Besonders eindringlich schilderte Evonik-Vorstandschef Christian Kullmann die Lage der Industrie. Hohe Energiepreise und ausufernde Bürokratie nähmen den Unternehmen Kraft und schwächten sie im internationalen Wettbewerb.

Kullmann betonte den engen Zusammenhang zwischen Wachstum und klimafreundlichem Umbau: „Ohne Wirtschaftswachstum gibt es keine Transformation. Ohne Wirtschaftswachstum gibt es nur eins: Degrowth.“

Das Werkstattgespräch machte deutlich: Die Union sucht den offenen Austausch über ihre Klima- und Industriepolitik. Für die MIT ist das Werkstattgespräch der Auftakt für die weitere Debatte.

Fotos: Jan-Philipp Burmann / City-Press GmbH Bildagentur



oben:

Prof. Dr. Manuel Frondel,
Professor für Energieökonomik
an der Ruhr-Universität Bochum
und Leiter des Kompetenzbereiches
„Umwelt und Ressourcen“
am RWI

rechts/Mitte:

Christian Kullmann,
Vorstandsvorsitzender der Evonik
Industries AG

unten:

Bundeswirtschaftsministerin
Katherina Reiche





Oben links:

MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann mit Christian Kullmann und Clemens Küpper, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Gießerei-Industrie

Unten links:

Karl-Josef Laumann MdL, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen



EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Das EU Business Wallet kommt: Unternehmensverwaltung gets finally digital

KMU haben jährlich etwa 200 Kontaktaufnahmen mit öffentlichen Verwaltungen.

EU-weit gehen so bis zu 200 Mrd. € durch langwierige Bürokratieverfahren verloren. Mit den Europäischen Unternehmensbrieftaschen schlägt die Kommission die Einführung einer einheitlichen grenzüberschreitenden digitalen Lösung für den geschäftlichen Kontakt zwischen Unternehmen und Behörden vor. Das Ziel: Die Überwindung von Bürokratie, Binnenmarktfragmentierung und mangelnder digitaler Interoperabilität. Identitätsdaten digital speichern, Dokumente unterschreiben und teilen – all das soll spätestens ab 2028 Realität werden. Die Verhandlungen im Parlament schreiten voran, der Ausschuss stimmt voraussichtlich im September über den Bericht ab.



Industriebeschleunigungsgesetz: Bei zu rigider Umsetzung Gift für KMU

Die EU ist dabei, detaillierte „Made in Europe“-Vorgaben für öffentliche Aufträge und Fördergelder bei Schlüsseltechnologien wie Batterien, Stahl & Zement einzuführen. Der Gesetzesvorschlag wird in den EP-Ausschüssen diskutiert. Die Idee: EU-Wertschöpfung fördern und Lieferkettenabhängigkeiten reduzieren. Das ist an sich gut, aber bitte strikt verhältnismäßig. KMU können sich verteuerte Vorprodukte, aufwendige Nachweise und Kaskaden-Effekte beim EU-Wertschöpfungsanteil entlang der Lieferketten nicht leisten. Und oft fehlt es an heimischer Produktionskapazität. Es braucht also zwingend eine umfassende KMU-Folgenabschätzung vor der Einführung.



Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKM Europe
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Kommissionsarbeit

Interview mit Stephan Albani MdB

Co-Vorsitzender der
MIT-Kommission Innovation,
Digitalisierung und
Bürokratierückbau



Foto: Björn Stühr

Herr Albani, womit beschäftigen Sie sich genau?

„Die Bandbreite ist enorm: Innovation, Digitalisierung und Bürokratieabbau; Ziel am Ende ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Verbindung von Mittelstand und Forschungseinrichtungen soll Unternehmen helfen, ihre Geschäftsmodelle zu modernisieren und Digitalisierung und der Abbau von Bürokratie soll deren Umsetzung erleichtern. So werden Innovationen und greifbare unternehmerische Erfolge ermöglicht.“

Welchen Erfolg kann die Kommission aktuell verbuchen?

„Am Ende geht es darum, Forderungen in politisches Handeln umzusetzen. Ein aktuelles Beispiel ist das ‚Besserstellungsverbot‘. Dies hatte die Wissenschaft bei öffentlich geförderten Projekten daran gehindert, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Mitarbeiter anzubieten, Talente besser zu rekrutieren und so den Innovationstransfer zum Mittelstand aus der Forschung heraus zu ermöglichen. Das Gesetz wird im Herbst vom Bundestag reformiert. Ein exemplarischer Erfolg unserer Kommission – von der Forderung zur Umsetzung: MIT wirkt!“

Wie groß ist der Innovationsdruck für den Mittelstand?

„Ich verstehe vollkommen, dass Unternehmer frustriert sind von Bürokratie oder der hohe Abgabenlast. Aber neben der Forderungen nach regulatorischer Entlastung bleibt die Notwendigkeit, sich dem Wettbewerb zu stellen, innovativ zu bleiben. Unsere Kommission tut alles, damit sich der Mittelstand im globalen Wettbewerb durch die Kombination aus beidem – Innovation und Entlastung – behaupten kann.“

Intern

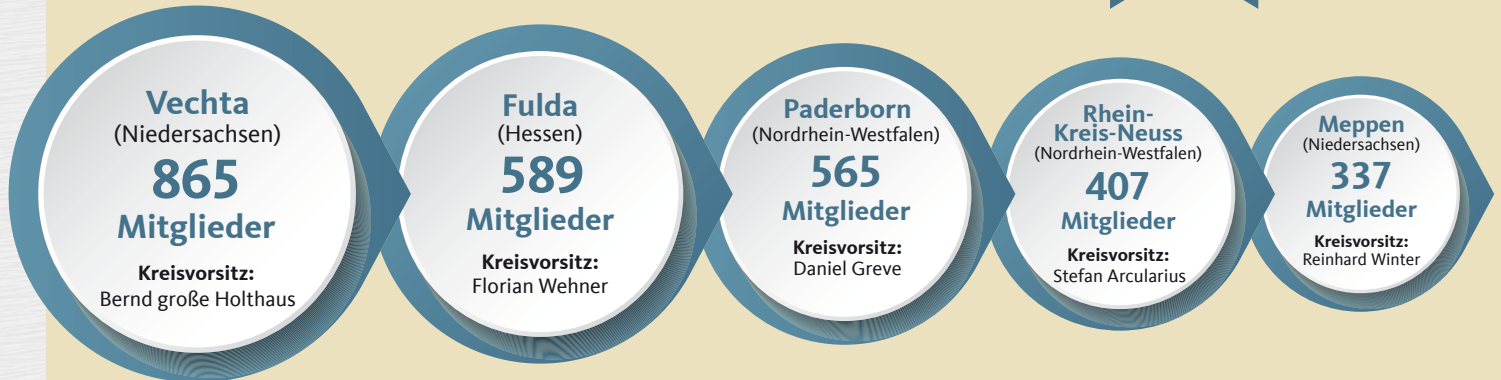
Richtigstellung zur Grafik in Ausgabe 2-2026

Liebe Leserinnen, liebe Leser, in unserem letzten Magazin haben wir Ihnen im Artikel „Der Spuk ist vorbei“ auf Seite 28 eine Grafik zum Thema „Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)“ präsentiert. Leider hat sich bei der Datenübernahme der Fehlerteufel eingeschlichen: Die korrekte Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten liegt bei 3.819.830 und nicht bei den angegebenen 8.819.830. Wir danken für die aufmerksamen Hinweise aus der Leserschaft und bitten den Fehler zu entschuldigen.



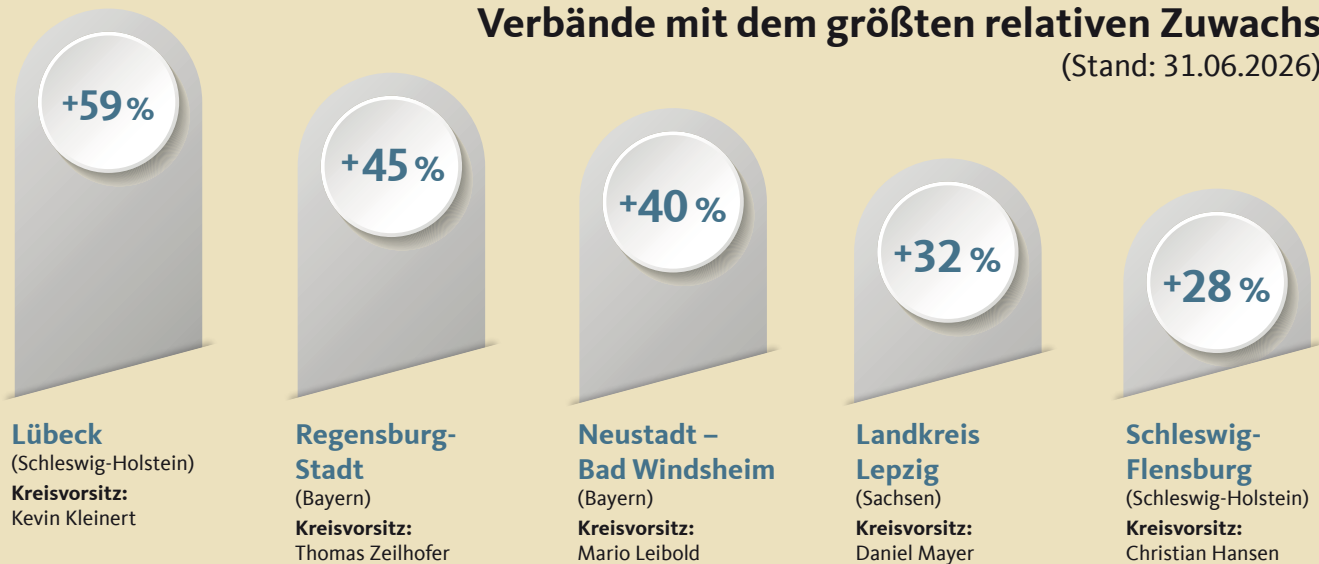
Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände

(Stand: 31.06.2026)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs

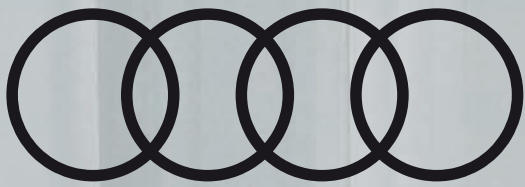
(Stand: 31.06.2026)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs

(Stand: 31.06.2026)





Einsteigen. Audi erleben.

Jetzt Angebot bis 30.09.2026² sichern.



Für Businesskunden¹: der Audi A6 allroad e-hybrid*.

*Kraftstoffverbrauch (gewichtet kombiniert): 2,4 l/100 km; Stromverbrauch (gewichtet kombiniert): 16,4 kWh/100 km; CO₂-Emissionen (gewichtet kombiniert): 56 g/km; CO₂-Klasse (gewichtet kombiniert): B; Kraftstoffverbrauch bei entladener Batterie (kombiniert): 7,2 l/100 km, CO₂-Emissionen bei entladener Batterie: 163 g/km; CO₂-Klasse bei entladener Batterie: F

Ausstattung: Räder Audi Sport 5-Doppelspeichen-Klammer schwarz metallic, glanzgedreht 20", Sonnenschutzverglasung abgedunkelt, Audi virtual cockpit plus, Einparkhilfe plus mit Distanzanzeige, Doppelspeichen-Lederlenkrad mit Multifunktion und Schaltwippen, Außenfarbe Gletscherweiß Metallic, u.v.m.

Leistung:	270 kW (367 PS)
Vertragslaufzeit:	48 Monate
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Sonderzahlung:	0 €

ab **778 €**
pro Monat zzgl. MwSt.¹

Ein Angebot der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Straße 57, 38112 Braunschweig, für Businesskunden¹. Zzgl. händlerindividuelle Auslieferungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. Gültig bis zum 30.09.2026². Aktion nur gültig bei Zulassung bis 30.06.2027. Nur bei teilnehmenden Audi Partnern. Etwaige Rabatte bzw. Prämien sind im Angebot bereits berücksichtigt.

¹Zum Zeitpunkt der Bestellung muss der Kunde der berechtigten Zielgruppe angehören und unter der genannten Tätigkeit aktiv sein. Zur berechtigten Zielgruppe zählen: gewerbetreibende Einzelkunden inkl. Handelsvertretern und Handelsmaklern nach § 84 HGB bzw. § 93 HGB, selbstständige Freiberufler / Land- und Forstwirte, eingetragene Vereine / Genossenschaften / Verbände / Stiftungen (ohne deren Mitglieder und Organe). Wenn und soweit der Kunde sein(e) Fahrzeug(e) über einen gültigen Konzern-Großkundenvertrag bestellt, ist er im Rahmen des Angebots für Audi Businesskunden nicht berechtigt.

²Verlängerung oder vorzeitige Beendigung vorbehalten.

Businessangebot sichern unter
www.audi.de/business





INHALT

2 **Nordrhein-Westfalen** Radartechnologie des Fraunhofer Institutes im Blick

Blick hinter die Kulissen:
Besuch beim Traditionsunternehmen
Anton Hurtz

Revolution im Gewächshaus:
Wie ein Familienbetrieb dem Klima-
wandel trotz

MIT zu Besuch im Landtag
Vorstandswahlen in „der Stadt
am Fluss“

Neuer Vorstand, neuer Schwung –
im September ein erstes
"Wirtschaftsforum"

Besuch im Europäischen Parlament
und bei der NRW-Landesvertretung

5 **Bayern** Globalität sichert Arbeitsplätze im Inland

Energiewirtschaftliche Themen
im Fokus

6 **Baden Württemberg** MIT Württemberg-Hohenzollern bestätigt Joachim Fauser Baden-Württemberg hebt ab

7 **Brandenburg** Abwärme sinnvoll nutzen

8 **Hessen** Deutschlands Spitzenreiter im Kampf gegen Bürokratie

9 **Mecklenburg-Vorpommern** Sommerfest der MIT Mecklenburg- Vorpommern

10 **Niedersachsen** Mittelstand, Landwirtschaft und ländlicher Raum im Dialog Generationenwechsel, Wachstum in herausfordernden Zeiten

12 **Schleswig-Holstein** Mehr Freiheit für den Mittelstand – Unternehmerfrühstück der MIT Schleswig-Flensburg bei der BÄKO in Kropp

Radartechnologie des Fraunhofer Institutes im Blick

Nordrhein-Westfalen. Die Landesarbeitsgruppe Innovationstransfer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Nordrhein-Westfalen besuchte das Fraunhofer Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik (FHR) in Wachtberg. Im Fokus standen aktuelle Entwicklungen in der Radartechnologie, industrielle Hochfrequenzanwendungen sowie die Weltraumlageerfassung. Die Teilnehmer erhielten einen einzigartigen Einblick in eines der weltweit führenden Forschungsinstitute auf diesem Gebiet. „Unser Ziel als Arbeitsgemeinschaft ist es, Brücken zwischen Wissenschaft und mittelständischer Wirtschaft zu bauen. Gerade Einrichtungen wie das Fraunhofer FHR zeigen eindrucksvoll, welches Innovationspotenzial in Deutschland vorhanden ist und welche Chancen sich daraus für Un-

ternehmen ergeben“, erklärt der Sprecher der AG, Prof. Dr. Klemens Störckuhl.

Ein besonderes Highlight war die Besichtigung der weltweit einzigarti-



Foto: MIT NRW

Ein tolles Programm bieten die Arbeitsgemeinschaften der MIT NRW, hier vor dem Radom des FHR.

gen Großradaranlage des Instituts. Sie verdeutlichte eindrucksvoll, welche technologische Spitzenleistung in Deutschland entwickelt wird und welchen wichtigen Beitrag das FHR für die Sicherheit im Weltraum sowie für zahlreiche industrielle Zukunftstechnologien leistet. „Für den Mittelstand sind Innovationen der entscheidende Schlüssel, um auch künftig international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb ist der direkte Austausch zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen von unschätzbarem Wert. Wir möchten mit unserer Arbeit dazu beitragen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse noch schneller ihren Weg in die betriebliche Praxis finden“, so ein Mitglied der Arbeitsgruppe, Frank Kramer. Genau diesen Wissenstransfer möchte die AG Innovationstransfer fördern und politisch aktiv begleiten.

Blick hinter die Kulissen: Besuch beim Traditionsunternehmen Anton Hurtz

Nettetal. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Nettetal hat im Rahmen ihrer Unternehmensbesuche die Firma Anton Hurtz GmbH & Co. KG in Breyell besucht. Das im Jahr 1908 gegründete Familienunternehmen blickt auf eine bewegte Geschichte zurück. Ursprünglich in Düsseldorf gestartet, ist der Betrieb seit 1920 fest in Nettetal verwurzelt. Stellte die Firma in ihren Anfängen noch Eiszellen für den Brauerei- und Kältebedarf her, hat sie sich seit den 1970er-Jahren kontinuierlich zu einem hochspezialisierten Experten für die Verarbeitung von Aluminium, Stahl und Edelstahl entwickelt. Beim Rundgang durch die Produktionshallen bekam man einen detaillierten Einblick in das heutige Produktportfolio. Mit rund 35 hochqualifizierten Mitarbeitern fertigt das Unternehmen spezialisierte Transportsysteme: Individuelle Ladungsträger, Aluminium- und Stahlpaletten, Gitterboxen sowie Container, Sondergehäuse und Präzisionsrahmen für

die Druckindustrie, Raumfahrttechnik, Halbleiter-Hersteller (Chips) sowie die weltweit führenden Pharmakonzerne. „Unternehmen wie die Firma Hurtz zeigen eindrucksvoll, welche Innovationskraft und Flexibilität in unserem lokalen Mittelstand stecken“, betonte die MIT-Vorsitzende Helma Josten während des Besuchs. „Ein Betrieb, der sich über Generationen hinweg erfolgreich am Markt behauptet und von Nettetal aus globale Schlüsselindustrien beliefert, verdient höchste Anerkennung.“



Foto: MIT SV Nettetal

Die Teilnehmer erhielten einen exklusiven Einblick in eines der traditionsreichsten Industrieunternehmen der Region, das seit über einem Jahrhundert innovative Metalllösungen für den Weltmarkt produziert.

Revolution im Gewächshaus: Wie ein Familienbetrieb dem Klimawandel trotzt

Willich. Während extreme Trockenheit und Unwetter den deutschen Gemüseanbau zunehmend belasten, zeigt ein Pionierprojekt, wie die nachhaltige Salatproduktion der Zukunft aussehen kann. Die MIT lud zu einer Betriebsbesichtigung auf dem Rheinlandhof ein und begrüßte zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft. Auch der Kreisvorsitzende Georg Körwer zeigte sich von diesem interessanten Betrieb beeindruckt. Die Besucher besichtigten das modernste Salatgewächshaus Deutschlands. Wo der herkömmliche Freilandanbau an den Folgen des Klimawandels zu scheitern droht, setzt Landwirt Harrold Thijssen auf eine innovative, europaweit nahezu einzigartige Teichkultur. Auf einer Fläche von vier Fußballfeldern wachsen bis zu 10 Millionen Salatköpfe pro Jahr auf schwimmenden Platten - geschützt vor Unwettern und völlig unabhängig von externen Wasserquellen. Das geschlossene System nutzt ausschließlich gesammeltes Regenwasser vom Gewächshausdach und spart im Vergleich zum Feldanbau 90 Prozent Wasser sowie 75 Prozent Düngemittel. Gleichzeitig schont es das Grundwasser. Ein ausgeklügeltes Ener-

giesystem mit Spezialglas und moderner LED-Beleuchtung sichert die ganzjährige Ernte bei minimalem Energieeinsatz. Vom Samenkorn über die robotergestützte Pflege bis zur Verpackung greift alles nahtlos und CO₂-sparend ineinander. Dieses Konzept überzeugt auch den Lebensmittelhändler Kaufland. Da die Pflanzen mit Wurzelballen geliefert werden, bleiben sie beim Verbraucher deutlich länger frisch, was zusätzlich die Lebensmittelverschwendung reduziert.



Foto: MIT SV Willich

Mit einer großen Besuchergruppe informierte sich die MIT Willich beim Rheinlandhof.

MIT zu Besuch im Landtag

Kreis Viersen. Im Rahmen eines Intensiven Austauschs zu aktuellen landes- und bundespolitischen Themen gab es einen offenen und konstruktiven Dialog im Landtag NRW. Auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Guido Görtz reiste die Mittelstands- und Wirtschaftsunion des Kreises Viersen nach Düsseldorf. Bei dem Besuch im nordrhein-westfälischen Landtag nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit, aktuelle wirtschaftspolitische Themen direkt mit dem Abgeordneten zu diskutieren und wertvolle Impulse aus der Praxis des Mittelstands in die Landespolitik einzubringen. Nach einer interessanten Führung durch das Landtagsgebäude mit anschließender Diskussionsrunde bestand Gelegenheit zu weiteren Gesprächen bei sommerlichen Temperaturen im Medienhafen.



Foto: MIT KV Viersen

Im Plenarsaal des Landtages waren die MITler herzlich willkommen und erhielten eine persönliche Führung durch ihren Abgeordneten.

Vorstandswahlen in „der Stadt am Fluss“

Mülheim a.d. Ruhr. Nach einem sehr erfolgreichen Spargelessen mit über 150 Teilnehmern eröffnete nun die MIT in Mülheim an der Ruhr ihre neue „Saison“ mit ihrer Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Marcus Wellhöner wurde als Vorsitzender klar bestätigt.

Birgit Farenski und Martin Siekerkotte sind Stellvertretende Vorsitzende. Richard Reichenbach übernimmt das Amt des Schatzmeisters. Dr. Nicolas Vogelpoth ist Schriftführer und Dr. Gerhard Kussel Mitgliederbeauftragter sowie Dr. Robin Fink Beisitzer im Vorstand.



Foto: MIT KV Mülheim

Eine gute gelaunte Truppe der MIT Mülheim unter Vorsitz von Marcus Wellhöner (2.v.r) nimmt sich viel vor für die nächsten zwei Jahre.

Neuer Vorstand, neuer Schwung – im September ein erstes "Wirtschaftsforum"

Hamm. Die MIT Hamm hat nach der Neuwahl des Vorstandes nun erste Aufgabenschwerpunkte festgelegt. Das neue Team rund um den Vorsitzenden Zoltan Tenji hat sich drei Kernziele gesetzt: die Sichtbarkeit zu

erhöhen, sich als Forum der Hammer Wirtschaft zu etablieren und sich breiter aufzustellen. Hinzukommen sollen der Aufbau einer neuen Website sowie eine erste prominente Veranstaltung im September unter dem Titel "Hammer Wirtschaftsforum".

Dabei gab es im Vorstand eine große Bereitschaft, mit anzupacken: Für die Themen Mitgliederentwicklung, Digitalisierung, Sponsoring, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Veranstaltungsorganisation haben sich unmittelbar engagierte Mitstreiter gefunden. Mit dabei im neuen Team sind Dominik Berghoff, Prof. Dr. Andras Biczo, Peter Scholz, Beatrix Zimmermann, Stefan Schneider, Zoltan G. Tenji, Roland Schuerkamp, Bernd Haberkamp, Dr. Dirk Hensel, Joerg Hegemann, Dr. Richard Salomon, Katja Pampus sowie Markus Breuer und Leonard Dylla.

Foto: MIT KV Hamm



Zoltan Tenji ist neuer Vorsitzender in Hamm und freut sich, dass sich eine tolle Truppe um ihn herum engagiert.

Besuch im Europäischen Parlament und bei der NRW-Landesvertretung

Kreis Wesel. Auf Einladung von Dr. Stefan Berger MdEP reiste eine kleine Gruppe von MIT-Vertretern aus dem Kreis Wesel sowieso einige Teilnehmer aus dem Kreis Viersen nach Brüssel zum Europaparlament. Stefan Berger begrüßte die Besuchergruppe persönlich und informierte im Parlamentsgebäude aus erster Hand über aktuelle Themen und Entwicklungen – von der Unterstützung der Ukraine und den damit zusammenhängenden Schwierigkei-

ten bis zu Haushaltsfragen und aktuell laufenden Vorhaben zur Reduzierung von Bürokratie wie zum Beispiel der Streichung von vielen Berichtspflichten. Zweiter „politischer Boxenstopp“ der MIT nach einer Stadtführung war die Landesvertretung NRW. Dort wurde die Besuchergruppe durch die stellvertretende Leiterin, Friederike Staat, begrüßt und anschaulich sowie kurzweilig über die Aufgaben der Landesvertretung und die Abläufe zwischen den 16 Ländervertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel und dem Europäischen Parlament informiert. Ein interessanter und beiderseitig sehr intensiver und anregender, zweistündiger Austausch schloss sich an.

Vor-Ort-Besuch in Brüssel beim Stellv. MIT-Landesvorsitzenden und Europaabgeordneten, Dr. Stefan Berger.

Foto: MIT KV Wesel



Globalität sichert Arbeitsplätze im Inland

Ergersheim. Wenn die Mittelstands-Union der CSU unterwegs ist, ist immer etwas geboten. Im Juli zum Beispiel beim Firmenbesuch bei MEKRA-Lang in Ergersheim, wo sich Geschäftsführerin Susanne Lang zu Recht ein wenig stolz zeigte über eine ganze Reihe von Auszeichnungen, welche das Familienunternehmen bekam, unter anderem von Automobilkonzernen als „bester Lieferant“, als familienfreundliches Unternehmen oder ganz aktuell beim FOCUS-Ranking Deutschlands innovativster Unternehmen an zweiter Stelle gleich nach BOSCH.

„Wir sind nicht nur dem Anspruch eines ‚ehrbaren Kaufmanns‘ verpflichtet, zum Fundament des Unternehmens gehört auch die Verantwortung für Mitarbeiter und deren Familien“. Susanne Lang berichtete unter anderem vom sozialen Engagement mit einer Kita und Grundschule, einer eigenen Buslinie und Betriebsärztin. „Gerade als Familienunternehmen sind wir stets bemüht, unseren Mitarbeitenden die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu ermöglichen“. Dazu zählen viele unterschiedliche und variable Arbeitszeitmodelle.



Fotos: MU Bayern

Unser Foto (pmw) zeigt von links: Unternehmerin Susanne Lang MdL a.D. und CSU-Ehren-Kreisvorsitzender Hans Herold, Kreistags-Fraktionsvorsitzender Stefan Schuster, Renate Ixmeier, Stellvertreterin des Landrats, und Mario Leibold, MU-Kreisvorsitzender und Stadtrat

Die Lang Gruppe entwickelte sich vor 94 Jahren aus einer kleinen Hinterhof-Werkstatt in Fürth zu einem innovativen Familienunternehmen und Global Player mit rund 2.200 Mitarbeitenden an sieben Standorten in sieben Ländern. Für Susanne Lang wichtig: „Die Globalität sichert die Arbeitsplätze im Inland“. MEKRA-Lang ist ein führender Hersteller von Spiegel- und Kamera-Monitor-Systemen für Nutzfahrzeuge, aber auch für Agrar- und Baumaschinen, Busse und Wohnmobile.

„Ein Vorzeigebetrieb weit über die Region hinaus“, so MU-Kreisvorsitzen-

der Mario Leibold. Auch wenn die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung des Standorts Deutschland und des Mittelstandes in die richtige Richtung gingen, wurde deutlich, dass noch vieles im Argen liegt. Die Bürokratie sei nach wie vor eine „Riesen-Herausforderung“, aber auch Einflüsse von außen, wie zum Beispiel Chinas Subventions- und Übernahmepolitik. Leibold: „In unserer Region sind Weltmarktführer angesiedelt – was sie brauchen, ist eine Politik, die sie machen lässt. Dafür setzen wir uns ein“.

Energiewirtschaftliche Themen im Fokus

Oberlindach. Mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer müssen sich viel häufiger mit energiewirtschaftlichen Themen beschäftigen als früher. Verfügbarkeit und

Preis von Energie entscheiden zunehmend über Investitionen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Genau zu diesem Thema hatte Peter Brehm, Kreisvorsitzender der Mittelstands-Union ERH, zusammen mit dem Beauftragten für Bürokratieabbau, Walter Nussel MdL, zum Unternehmerfrühstück in's Hotel ACANTUS eingeladen, wo beide den Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG, Dr. Ing. Egon Leo Westphal, begrüßten. Dieser referierte nicht nur zu diesem äußerst wichtigen und

interessanten Thema, sondern stand im Anschluss auch den Mittelständlern Rede und Antwort.

Die Energiezukunft gehe in die zweite Halbzeit. Ein leistungsfähiges Stromnetz sei Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Bayerns, so Dr. Egon Leo Westphal: „Immer mehr wird bewusst, dass eine sichere, stabile und nachhaltige Energieversorgung das Rückgrat für Gesellschaft und Wirtschaft in Bayern sind. Wir tragen als Branche und als Unternehmen eine neue Verantwortung.“



Foto v. li nach re: Peter Brehm, Walter Nussel MdL, Dr. Egon Westphal

Stabilität und Sicherheit werden zu Standortfaktoren. Ein leistungsstarkes Netz ist spielentscheidend für Wirtschaftswachstum und für die Beschleunigung der Dekarbonisierung von Gewerbe und Industrie“. Deshalb gehe das Bayernwerk mit Rekordbudgets in die Umsetzung der Energiezukunft. „Rund 12 Milliarden Euro wenden wir von 2026 bis 2030 für die bayerische Energiezukunft auf“, so der Vorstandsvorsitzende. Nur so könne man das Tempo der Energiezukunft mitgehen.

Erneuerbare Energien im Trend

Denn der Zubau Erneuerbarer Energien gehe ungebremst weiter. Allein im

vergangenen Jahr wurden über 2.300 Megawatt Photovoltaik neu ans Bayernwerk-Netz angeschlossen. Der Trend dabei: Zwar geht die Zahl der Anlagen zurück, Größe und Leistung der Anlagen steigen aber. Insgesamt hängen derzeit etwa 630.000 PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von 18.000 MW direkt am Bayernwerk. Mit den PV-Anlagen nachgelagerter Netzbetreiber wirken über eine Million PV-Anlagen auf das Netz. Bis 2045 rechnet das Bayernwerk mit einer Verdoppelung des Stromverbrauchs und mit einer Verdreifachung der Stromproduktion.

Nussel sprach von fünf Modernisierungsgesetzen auf dem Energiesektor, die letztes Jahr auf den Weg

gebracht wurden, die aber von den Verwaltungen nicht umgesetzt würden. Der Abgeordnete hielt da auch nicht mit der Kritik an den Landräten zurück.

Der ausdrückliche Dank der Referenten ging an Walter Nussel für dessen Bürokratieabbau-Einsatz auf diesem Sektor.

Westphal nahm sich dann noch viel Zeit für die Fragen der Unternehmer und erinnert wurde auch an die Abwanderung von Unternehmen und die Warnung vor Ideologie (Walter Nussel), die eben eine solche Unternehmens-Abwanderung zur Folge haben könnte. Zum Abschluss gab es als Belohnung edle Tropfen und viel Beifall für den Referenten und die Organisatoren.

Baden-Württemberg

MIT Württemberg-Hohenzollern bestätigt Joachim Fauser

Reutlingen. Beim Bezirksmittelstandtag der MIT Württemberg-Hohenzollern in Reutlingen haben rund 25 stimmberechtigte Mitglieder Joachim Fauser erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Im Mittelpunkt der Versammlung standen notwendige Reformen, die wirtschaftliche Lage und eine stärkere politische Vertretung des Mittelstands.

Fauser bezeichnete die mittelständischen Unternehmen als „Rückgrat unserer Wirtschaft“ und dankte den Mitgliedern für ihr ehrenamtliches Engagement.

In den politischen Grußworten betonte Dr. Max Menton MdL die besondere Aufgabe der MIT innerhalb der CDU. Sie müsse die Anliegen der Unternehmer weiterhin deutlich vertreten und auch unbequeme Themen ansprechen. Am Beispiel des Gesundheitssystems warb er für mutige und ausgewogene Reformen.

Manuel Hailfinger MdL hob ebenfalls die zentrale Bedeutung des Mittelstands hervor. Nun müsse die parlamentarische Sacharbeit in den Vordergrund rücken. Trotz der wirtschaftlichen Herausforderungen zeigte er sich optimistisch.

Der neu in den Bundestag nachgerückte Christoph Naser berichtete von seinen ersten Erfahrungen in Berlin. Er sprach sich für notwendige Reformen und ein klares Zukunftsbild aus: einen wirtschaftlich handlungsfähigen Staat und einen verantwortungsvollen Sozialstaat. In der Aussprache forderten die Mitglieder mehr politische Verlässlichkeit und eine stärkere Berücksichtigung der



Der neugewählte Bezirksvorstand mit dem wiedergewählten Vorsitzenden Joachim Fauser (vorne, 4. v. l.) und MIT-Landesvorsitzender Dr. Bastian Atzger (vorne, 3. v. l.)

betrieblichen Realität bei politischen Entscheidungen. Nach den Berichten des Vorstands und des Schatzmeisters wurde die Vorstandschaft einstimmig entlastet. Joachim Fauser wurde mit großer Mehrheit als Vorsitzender bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Stefan Buhmann, Dr. Gerd Gaiser und Achim Rieger gewählt. Andreas Benz übernimmt das Amt des Schatzmeisters von Andreas Hintz. Für sein langjähriges Engagement wurde Andreas Hintz einstimmig zum Ehrenmitglied der MIT Württemberg-Hohenzollern ernannt.

Der Bezirksmittelstandtag machte deutlich: Der Mittelstand braucht eine starke politische Stimme. Diese Aufgabe will die MIT weiterhin geschlossen und mit einem klaren wirtschaftspolitischen Profil wahrnehmen.

Baden-Württemberg hebt ab

Baiersbronn. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg hat im Rahmen ihrer Klausurtagung in Baiersbronn eine klare industriepolitische Position zur Zukunft der Luft- und Raumfahrt in Baden-Württemberg verabschiedet. In ihrer „Baiersbronner Erklärung“ betont die MIT die strategische Bedeutung der Branche für Innovation, wirtschaftliches Wachstum und technologische Souveränität.



Markus Schindle (MIT-Bundesvorstand); Carl Christian Hirsch MdL, Dr. Bastian Atzger (MIT-Landesvorsitzender), Katrin Schindele MdL, Prof. Dr.-Ing. Heinz Voggenreiter (v. l. n. r.)

„Die Luft- und Raumfahrt ist eine der zentralen Zukunftsindustrien unseres Landes. Baden-Württemberg hat das Potenzial, eine führende Rolle in Europa einzunehmen – dieses Potenzial müssen wir jetzt konsequent nutzen“, so Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg.

Die MIT spricht sich für eine innovationsfreundliche Industriepolitik aus, die gezielt die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und neue Wachstumsfelder erschließt. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Förderung von Start-ups im sogenannten New-Space-Sektor sowie die stärkere Einbindung mittelständischer Unternehmen in bestehende und neue Wertschöpfungsketten.



Der MIT-Landesvorstand am Rande seiner Sitzung bei der Firma Schindele GmbH in Baiersbronn.

Zu den zentralen Forderungen der MIT gehören:

- Die Weiterentwicklung einer langfristigen Luft- und Raumfahrtstrategie für Baden-Württemberg
- Die gezielte Förderung von Start-ups und Innovationen im New-Space-Bereich
- Die stärkere Integration des Mittelstands in die Raumfahrtindustrie
- Der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen
- Die intensivere Nutzung von Satellitendaten für wirtschaftliche Anwendungen
- Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts
- Die Förderung des technischen Nachwuchses und Begeisterung junger Menschen für Raumfahrt
- Die Ansiedlung strategischer Projekte sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen
- Die Nutzung von Zukunftspotenzialen wie Very Low Earth Orbit (VLEO) und Dual-Use-Technologien

Mit Blick auf die zunehmende internationale Konkurrenz – etwa durch private Raumfahrtunternehmen wie SpaceX – unterstreicht die MIT BW die Notwendigkeit, die europäischen und regionalen Kräfte zu bündeln und gezielt auszubauen.

Die „Baiersbronner Erklärung“ versteht sich als Impuls für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, gemeinsam die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft der Luft- und Raumfahrt in Baden-Württemberg zu stellen.

Brandenburg

Abwärme sinnvoll nutzen

Wustermark. Zu Besuch auf der Baustelle des neuen Mega-Rechenzentrums in Wustermark: Hier entsteht eine leistungsfähige digitale Infrastruktur – und damit zugleich eine große Menge an Abwärme.

Diese Energie soll künftig nicht ungenutzt bleiben. Auch auf Initiative der MIT Havelland und der MIT



Margarita Stark, Kreisvorsitzende MIT Havelland, Jan Jacobi, Kreisvorsitzender MIT Potsdam

Potsdam wird daran gearbeitet, die entstehende Abwärme sinnvoll zu nutzen und damit einen wichtigen Beitrag zur zukünftigen Wärmeversorgung der Landeshauptstadt Potsdam

zu leisten. Ein besonderer Dank gilt den beiden Rathäusern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit sowie für die Umsetzung einer Machbarkeitsstudie. Digitale Infra-

struktur und nachhaltige Wärmeversorgung zusammenzudenken, bietet große Chancen nicht nur für unsere Region.

Hessen

Deutschlands Spitzenreiter im Kampf gegen Bürokratie



Große Freude bei Manfred Pentz

Fulda. Volles Haus und spürbare Aufbruchstimmung im historischen Marmorsaal des Fuldaer Stadtschlusses: Im Rahmen des 63. Hessentags luden die MIT Hessen und der MIT-Kreisverband Fulda landesweit zu ihrem traditionellen Mittelstandsforum ein.

Vor hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft und Politik sowie der gesamten Führungsspitze der MIT Hessen aus allen Teilen des Landes stand unter dem Tagungsmotto „Gipfel der Effizienz: Spitzenreiter Hessen - Taktgeber beim Bürokratieabbau“ das Top-Thema im Mittelpunkt, das den Betrieben täglich unter den Nägeln brennt: der wirksame und nachhaltige Abbau überbordender Regulierung.

Große Anerkennung für die Leistungsträger des Landes

Zur Eröffnung zeigte sich MIT-Landesvorsitzender Marco Reuter hochzufrieden mit den großen Fortschritten und betonte die zentrale Rolle der Hessischen Landesregierung im

effektiven Kampf gegen bürokratische Lasten auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene. Mit der Schaffung des bundesweit ersten Ministers für Entbürokratisierung habe Ministerpräsident Boris Rhein einen historischen Meilenstein gesetzt. Mit der Ernennung von Manfred Pentz für diese wirtschaftspolitische Schlüsselposition sei der perfekte Mann zur perfekten Zeit eingesetzt worden, der das Entbürokratisierungsprojekt auf allen Ebenen unermüdlich vorantreibe.

Reuter unterstrich zudem das hessische Erfolgsmodell des besonders engen Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft. Seine Kernaussage, „Zwischen VhU und MIT Hessen passt kein Blatt Papier“, erhielt besonders langanhaltenden Applaus.

Fuldas Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld hieß die Gäste in der Hessentagsstadt willkommen, verwies auf den enormen Zuspruch zum Landesfest mit bereits rund 850.000 Besuchern und überbrachte herzliche Grüße des Hessentagspaares Vera und Max Dudyka, von denen Max Dudyka selbst engagiertes Mitglied der MIT Hessen ist.

Praxisnahe Entlastung statt theoretischer Debatten

Als Hauptredner verdeutlichte Manfred Pentz, Hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, den klaren Gestaltungsanspruch des Landes Hessen. Hessen gehe als Vorreiter voran, Verwal-

tungsabläufe würden konsequent digitalisiert und überflüssige Hürden durch Entbürokratisierungsgesetze schnellstmöglich abgebaut – die ersten Gesetze dieser Art in der Geschichte des Landes.

Pentz rief den Mittelstand dazu auf, weiterhin im intensiven direkten Austausch mit ihm ganz konkret die Formulare und Vorschriften zu benennen, die in der Praxis Bremsklötze für die Wirtschaft darstellen. „Nutzen Sie weiterhin den Entbürokratisierungsradar des Landes! Wir müssen die Unternehmen spürbar von Dokumentations- und Nachweispflichten befreien, damit wieder mehr Zeit für das eigentliche Kerngeschäft bleibt.“



Engagierte Rede zur Entbürokratisierung.

Mahnende Worte und geschlossene Reihen

Die drängenden Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft brachte Wolf Matthias Mang, Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), in einer Grundsatzrede auf den Punkt. Angesichts globaler



Grundsatzzrede von Matthias Mang

Unsicherheiten, steigender Belastungen und eines dichten Netzes europäischer sowie nationaler Auflagen brauche der Mittelstand endlich wieder Planungs- und Investitionssicherheit sowie flexiblere Rahmenbedingungen.

Besonders großen Applaus erhielt die MIT-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin Gitta Connemann. „Dass du heute Abend

aus Berlin zu uns kommst, ist Ausdruck der sehr engen Verbundenheit mit der MIT Hessen“, unterstrich Marco Reuter.

Gitta Connemann sparte nicht mit deutlichen Worten. Sie gab Einblicke in bundespolitische Vorhaben und bekräftigte, dass eine nachhaltige Entlastungsoffensive nur gelinge, wenn die Praxisbeispiele der Betriebe beharrlich und mit Nachdruck in die parlamentarischen Prozesse eingebracht würden.

Starkes Signal für den Wirtschaftsstandort

In seinem Schlusswort bedankte sich der Fuldaer MIT-Kreisvorsitzende Florian Wehner bei den Referenten und Gästen für die offenen Debatten und das geschlossene Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Beim an-

schließenden Empfang wurde der Austausch in persönlichen Gesprächen intensiv fortgesetzt.

Das Mittelstandsforum 2026 in Fulda hat eindrucksvoll unterstrichen: Wenn Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen, wird Hessen nicht nur Taktgeber beim Bürokratieabbau, sondern stärkt auch nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes.



Engagiertes Schlusswort

Fotos: Felix Weigl / OSTHESSENNEWS

Mecklenburg-Vorpommern

Sommerfest der MIT Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin. Bei herrlichem Sonnenschein und angenehmen Temperaturen fand im Gut Hohen Luckow unser Sommerfest statt.



Dorin Müthel-Brenncke, Stephan Meyer, Daniel Peters (v.l.n.r.)

Unsere Landesvorsitzende Dorin Müthel-Brenncke freute sich sehr, den Landesvorsitzenden und Spitzen Generalsekretärin der CDU MV Katy Hoffmeister begrüßen zu dürfen. Auch gab es die Gelegenheit, alle MIT-Kandidaten, die zur Landtags-



Gute Gespräche in toller Kulisse



MIT Kandidaten zur Landtagswahl

Fotos: MIT Mecklenburg-Vorpommern

wahl im September antreten, näher kennen zu lernen. Ein wunderbares Buffet sowie das ein oder andere kühle Getränk rundeten den Abend ab. Der besondere Dank gilt dem MIT-Kreisverband Landkreis Rostock unter dem Vorsitzenden Stephan Meyer für die tolle Organisation.

Mittelstand, Landwirtschaft und ländlicher Raum im Dialog



Gute Stimmung bei Vanessa Zobel MdB, Marco Mohrmann MdL und Vivian Tauschwitz MdB

Tarmstedt. Die Tarmstedter Ausstellung ist weit mehr als eine klassische Fachmesse – sie ist ein zentraler Treffpunkt für Landwirtschaft, Mittelstand, Handwerk und den ländlichen Raum. Davon überzeugte sich die MIT Niedersachsen bei ihrem Besuch auf Norddeutschlands größter Freilandausstellung. Bereits seit 1949 ist die Tarmstedter Ausstellung eine feste Institution. In diesem Jahr präsentieren sich auf dem 18 Hektar großen Ausstellungsgelände mehr als 700 Aussteller. An Spitzentagen besuchen bis zu 45.000 Menschen die Messe, insgesamt werden an den vier Veranstaltungstagen mehr als 100.000 Besucher erwartet. Bürgermeisterin Hella Rosenbrock brachte die Bedeutung der Veranstaltung auf den Punkt: „Für uns Tarmstedter ist es die fünfte Jahreszeit.“

Vorbereitungen beginnen bereits im Mai

Rund 250 Mitarbeitende sorgen für einen reibungslosen Ablauf, die Vorbereitungen auf dem Gelände beginnen bereits im Mai. Das vollständig mit Glasfaser erschlossene Gelände sowie 24 Hektar Parkflächen unterstreichen die Professionalität der Organisation.

Im Mittelpunkt des Rundgangs standen zahlreiche Gespräche mit mittelständischen Unternehmen aus der Region. Beim Unternehmen Fricke aus Heeslingen wurde deutlich, welche Herausforderungen und Chancen die Digitalisierung für die Landtechnik bietet. Als Partner von Landwirten und Lohnunternehmen spielt moderne Elektronik eine immer größere Rolle. Gleichzeitig wurde betont, dass trotz aller technischen Entwicklungen der Mensch, Vertrauen und langfristige Partnerschaften die Grundlage erfolgreicher Zusammenarbeit bleiben.

Auch bei der Brüssel Bressel & Lade Maschinenbau GmbH aus Visselhövede stand der Mittelstand im Fokus. Das Unternehmen mit rund 90 Beschäftigten entwickelt Anbaugeräte für Hoflader und beliefert den Fachhandel in mehreren Ländern Europas. D. Mehrstens Maschinentechnik GmbH bietet mittlerweile mehr als 100 verschiedene Produkte Anbaugeräte für die Ladetechnik an. Der Generationswechsel ist geglückt und Geschäftsführer Jakob Mehrstens machte deutlich, dass innovative Technik und Zuverlässigkeit entscheidende Erfolgsfaktoren im Wettbewerb sind.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Zukunft der Bioenergie. Im Austausch mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik wurde die Bedeutung von Biogas und Biomasse für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung hervorgehoben. Dabei wurde deutlich, dass Niedersachsen gemeinsam mit anderen Bundesländern und den europäischen Partnern weiter auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Branche angewiesen ist.

Auch der Besuch bei der Jägerschaft Zeven e.V. zeigte, wie vielfältig die Aufgaben im ländlichen Raum sind. Neben dem Thema Wolfsmanagement standen vor allem die Hegearbeit, die Pflege von Biotopen sowie die Rehkitzrettung im Mittelpunkt. Mit rund 1.860 Mitgliedern engagiert sich die Jägerschaft im Landkreis Rotenburg zudem intensiv in der Nachwuchsarbeit – unter anderem mit einer Mitmachaktion, bei der Kinder Nistkästen bauten.

Der Besuch machte deutlich: Die Tarmstedter Ausstellung ist eine wichtige Plattform für Innovation, persönlichen Austausch und wirtschaftliche Impulse. Gerade in Zeiten großer wirtschaftlicher Herausforderungen sind regionale Messen unverzichtbar, um Unternehmer, Politik und Gesellschaft zusammenzubringen. Die MIT Niedersachsen wird diesen Dialog auch künftig aktiv begleiten und sich für verlässliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand und die Landwirtschaft einsetzen.



Philipp Fricke mit Dieter Schnittjer, MIT Kreisvorsitzender

Generationenwechsel, Wachstum in herausfordernden Zeiten

Badbergen. Mit mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der 4. Unternehmertag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Niedersachsen am 16. Juni 2026 bei PISTOLE Hardcore-Food in Badbergen ein voller Erfolg. Unternehmerinnen und Unternehmer, Vertreter aus Politik, Landwirtschaft, Sport und Wirtschaft nutzten die Veranstaltung für intensive Diskussionen, neue Impulse und persönliche Begegnungen.

Durch das Programm führten die MIT-Gastgeberin Ellen Keck-Wolterding und der Landesvorsitzende der MIT Niedersachsen, Holger Bormann. Gemeinsam begrüßten sie die Gäste und unterstrichen die Bedeutung des direkten Austauschs zwischen Mittelstand, Politik und Gesellschaft.

Ein besonderer Höhepunkt war der Vortrag von Gastgeber Torsten Pistol, der die Entwicklung seines Hofes und Unternehmens eindrucksvoll schilderte. Mit großer Offenheit berichtete er von seinem persönlichen Weg, den Herausforderungen der Unternehmensentwicklung und den Chancen, die entstehen, wenn traditionelle Landwirtschaft mit innovativen Geschäftsideen verbunden wird.

Gitta Connemann vor Ort

Für den politischen Impuls sorgte die Bundesvorsitzende der MIT und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Gitta Connemann MdB. Sie nahm sich trotz eines vollen Terminkalenders viel Zeit für Gespräche mit den Gästen und diskutierte aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen des Mittelstandes.

Foto: MIT Niedersachsen



Politischer Impuls von Gitta Connemann.

Einen kurzen, aber deutlichen Impuls setzte zudem Christian Fühner MdL, der die aus seiner Sicht unzureichende Bildungspolitik in Niedersachsen kritisierte. Er machte deutlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen entscheidend von einer leistungsfähigen Bildungslandschaft abhinge.

Drei Frauen, drei Epochen – ein Hof

Mit ihrem Vortrag „Drei Frauen, drei Epochen – ein Hof“ begeisterte die Landwirtin und Podcasterin Maja Mogwitz die Teilnehmer. Anhand der Lebenswege ihrer Großmutter, ihrer Mutter und ihrer eigenen Generation zeigte sie die enorme Entwicklung der Landwirtschaft über fast acht Jahrzehnte auf. Besonders eindrucksvoll war der Vergleich der Anforderungen an Hofnachfolgerinnen: Während ihre Großmutter den Betrieb bereits mit 20 Jahren ohne landwirtschaftliche Ausbildung übernahm, sind heute Studium, internationale Erfahrungen und unternehmerische Kompetenzen zentrale Voraussetzungen für die Betriebsführung. Zugleich machte Mogwitz deutlich, dass Frauen zwar einen erheblichen Anteil der Arbeit in der Landwirtschaft leisten, in Führungspositionen landwirtschaftlicher Betriebe jedoch weiterhin deutlich unterrepräsentiert sind.

Arndt Nietfeld, Geschäftsführer der ROSENGARTEN Tierbestattung, gewährte spannende Einblicke in die Entwicklung seines Unternehmens. Aus einem 2002 gegründeten Familienunternehmen entstand innerhalb weniger Jahre ein europaweit tätiger Anbieter mit hunderten Mitarbeitenden und zahlreichen Standorten. Nietfeld machte deutlich, dass nachhaltiges Wachstum nicht allein von Expansion abhängt, sondern insbesondere von professionellen Prozessen, einer starken Marke, unternehmerischer Agilität und einer modernen Führungskultur getragen wird.

Erfolgreiches Management basiert auf vier Säulen

Zum Abschluss sorgte Holger Elixmann, Präsident des VfL Osnabrück, für einen motivierenden Ausblick. Er zeigte auf, wie wichtig eine klare Vision und langfristige strategische Ziele für den Erfolg einer Organisation sind. Besonders eindrucksvoll waren seine Ausführungen zum Umgang mit Krisen. Erfolgreiches Krisenmanagement, so Elixmann, basiere auf den vier Säulen Kompetenz, Klarheit, Konsequenz und Kommunikation. Diese Prinzipien seien sowohl im Profisport als auch im Unternehmertum entscheidend, um Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

„Unsere Unternehmen brauchen wieder Luft zum Atmen. Weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Mittelstandes sind die entscheidenden Voraussetzungen, damit Niedersachsen auch künftig ein starker Wirtschaftsstandort bleibt“, betonte MIT-Landesvorsitzender Holger Bormann. „Der Unternehmertag hat eindrucksvoll gezeigt, wieviel Innovationskraft, Verantwortungsbewusstsein und Unternehmerngeist in unseren Betrieben steckt.“

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Marcel Bonnet
info@mit-bw.de
- Bayern: N.N.
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Simon Filipp
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Erik Mohwinkel
post@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmel
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
mit.erfurt.polster@gmail.com
Rocky Keutterling
R.keutterling@googlemail.com

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT NRW, MIT KV Viersen, MIT KV Mülheim,
MIT Niedersachsen, Alex V. Stark, MU Bayern,
Steffen Preugschat, MIT BaWü, MIT SH,
MIT Mecklenburg-Vorpommern, Felix Weigl /
OSTHESSEN|NEWS,

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der MIT.

Schleswig-Holstein

Mehr Freiheit für den Mittelstand – Unternehmerfrühstück der MIT Schleswig-Flensburg bei der BÄKO in Kropp

Kropp. Wie können wir neues Wachstum ermöglichen und unseren mittelständischen Unternehmen wieder mehr Freiraum verschaffen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Unternehmerfrühstücks der MIT Schleswig-Flensburg bei der BÄKO Schleswig-Holstein eG in Kropp. Rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft und Politik folgten der Einladung und sorgten für einen starken Zuspruch.

Der MIT-Kreisvorsitzende Christian Hansen begrüßte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des CDU-Ortsverbandes Kropp, Axel Bendixen, die Gäste. Einen eindrucksvollen Einblick in die Leistungsfähigkeit des regionalen Mittelstandes bot zunächst die Betriebsführung durch die BÄKO. Die Genossenschaft ist seit mehr als 100 Jahren ein verlässlicher Partner des Bäcker- und Konditorenhandwerks. Von Kropp aus versorgt sie ihre Mitglieder und Kunden in Schleswig-Holstein, Hamburg sowie in Teilen Skandinaviens mit einem umfangreichen Sortiment und vielfältigen Dienstleistungen.

Beim anschließenden gemeinsamen Frühstück richtete Leif Bodin MdB den Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen in Berlin. Er berichtete über die Arbeit des Deutschen Bundestages und machte deutlich, dass Deutschland wieder zu einer Politik finden müsse, die

Investitionen erleichtert, Leistung honoriert und unternehmerische Initiative stärkt.

Susanne Henckel, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, stellte aktuelle wirtschaftspolitische Themen und Vorhaben der Landesregierung vor. Im Mittelpunkt des Austausches standen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes, der Abbau bürokratischer Belastungen, schnellere Verfahren und die Frage, wie neue Wachstumsimpulse ausgelöst werden können.

Die Gespräche mit den Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Region machten erneut deutlich: Der Mittelstand benötigt keine immer neuen Auflagen, sondern Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Vertrauen in die unternehmerische Verantwortung. Gerade kleine und mittlere Betriebe schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, treiben Innovationen voran und prägen unsere Städte und Gemeinden.

Das Unternehmerfrühstück bot hierfür den richtigen Rahmen: kurze Wege zwischen Politik und Wirtschaft, offene Worte und konkrete Einblicke in die betriebliche Praxis. Die MIT Schleswig-Holstein dankt der BÄKO Schleswig-Holstein eG für ihre Gastfreundschaft, der MIT Schleswig-Flensburg und dem CDU-Ortsverband Kropp für die Organisation sowie Susanne Henckel und Leif Bodin für den konstruktiven Dialog.

Für die MIT Schleswig-Holstein bleibt klar: Wirtschaftliche Stärke entsteht dort, wo Unternehmerinnen und Unternehmer den notwendigen Freiraum erhalten, ihre Ideen umzusetzen. Dafür werden wir uns weiterhin mit Nachdruck einsetzen.



Foto: MIT SH

Die MIT bei der BÄKO